:antifaschistische nachrichten **Nr. 20**

g 3336 6.10.2005 21. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de




Proteste gegen Bundeswehrgelöbnis am 21.9. in Köln, Fotos: arbeiterfotografie

Schönhuber: „Ich war dabei"!

NPD gibt sich trotz schlechtem Abschneiden bei Dresdner Nachwahl optimistisch

Mit einem Ergebnis von 2,4 Prozent (3 776 der 156 587 gültigen Erststimmen) gelang es der NPD auch kurz vor der Zielgeraden nicht mehr, den Trend umzukehren und die hoch gesteckten Erwartungen bei den Nachwahlen in Dresden in einen Achtungserfolg zu verwandeln. Letztlich erzielte der Spitzenkandidat Franz Schönhuber mit 4010 der abgegebenen Zweitstimmen (2,6 Prozent) bei der Nachwahl im Bundestagswahlkreis Wahlkreis 160 nur etwa die Hälfte des sächsischen Landesschnittes. Am Bundestagswahl-Gesamtergebnis ändert die Nachwahl in Dresden ohnehin wenig. Die Union bekommt einen Sitz mehr, hat also 226 Abgeordnete im neuen Deutschen Bundestag. Die SPD bleibt mit 222 Abgeordneten zweitstärkste Kraft.

Eigentlich sollte der ganze Zirkus, den sich die NPD in den zwei Wochen noch mal 20000 Euro kosten ließ, helfen, ihren Ausgangspunkt für die Landtagswahlen im kommenden Jahr zu verbessern. Spätestens seit den 9,2 Prozent für die NPD bei der Landtagswahl vom September vergangenen Jahres gilt Sachsen als NPD-Hochburg. Hier erzielte die NPD bei der Bundestagswahl mit 126726 gültigen Erststimmen (4,8 Prozent) ihr – wenn auch bezogen auf die Landtagswahl vor einem Jahr halbiert – landesweit bestes Wahlkreisergebnis. Nun finden sich die Hochburgen der NPD zwar in den Kleinstädten und im ländlichen Raum und Dresden und Leipzig bilden, auf einem vergleichsweise hohen Niveau, das Schlusslicht. In den sechs Wahlkreisen der Landeshauptstadt erzielte die NPD vor einem Jahr Ergebnisse zwischen 8,5 Prozent (Höchstwert in Dresden 4) und 4,6 Prozent (Kleinstwert in Dresden 2). Außerdem sprachen Umstände der Nachwahl selbst eher für ein Abschneiden der NPD nahe der 5 Prozenthürde, schließlich wurde die Wahl im Dresdener Süden verschoben, nachdem die NPD-Direktkandidatin, Kerstin Lorenz, auf einer Wahlveranstaltung mit einem Gehirnschlag zusammenbrach und am 7. September verstarb. Dieser Umstand machte es der Presse unmöglich, die NPD in ihrer Berichterstattung auszublenden. Außerdem gelang es, mit Franz Schönhuber einen bekannten Kandidaten aufzustellen. Doch weder der Mitleids- noch der Überraschungseffekt und selbst der Prominentenbonus verhinderten das unterdurchschnittliche Abschneiden der NPD.

Zwar steht eine gründliche Wahlauswertung noch aus, aber so viel ist sicher, die entwarnenden Kommentare am Wahlabend liegen in der Sache daneben. Die Gründe, warum die NPD ihr Wählerpotential nicht ausschöpfen konnte, sind spezifisch. So wird in den kommenden Kommunalwahlkämpfen beispielsweise die Frage der Konstellationen im Regierungslager nur eine untergeordnete Rolle spielen und für eine Wahlentscheidung möglicher NPD-Wähler ohne Belang bleiben. Deshalb ist es mehr als vorschnell, die NPD „auf dem absteigenden Ast" (so der sächsische SPD-Vorsitzende Thomas Jurk) zu entlassen.

Trotz ihres schlechten Abschneidens bei der Bundestagswahl kann die NPD mit einer saftigen Wahlkampfkostenerstattung rechnen. Für bundesweit 743 903 Wähler – das entsprach 1,6 Prozent – stehen rund eine Million Euro in Aussicht. Das Geld aus der Staatskasse wird an Parteien ausgezahlt, die mehr als 0,5 Prozent der Stimmen bei Bundestagswahlen erkämpften. Bei Landtagswahlen liegt die Hürde bei der Einprozentgrenze. Das Geld will die NPD, wie ‚Die Welt' berichtete, bei den nächsten Landtagswahlen im März kommenden Jahres in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz einsetzen. Im Herbst folgen Wahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem aber orientiert die NPD auf eine weitere Verankerung in Sachsen und schreibt in ihrer Wahlauswertung: „In Sachsen streben wir jetzt bei der nächsten Kommunalwahl mindestens 250 Mandate an. In den mitteldeutschen Bundesländern wurde mit einem Ergebnis von 3,8 Prozent deutlich gemacht, dass bei den kommenden Landtagswahlen NPD bzw. DVU flächendeckend in die Landtage einziehen werden."

Außerdem soll die NPD im kommenden Jahr ihre Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern erhöhen, lässt ‚Die Welt' Stefan Rochow, den Vorsitzender der Jungen Nationaldemokraten und Mitglied des NPD-Bundesvorstands verlauten. Im Nordosten gebe es „ein rechtes Wählerpotenzial von sechs Prozent", das wolle man abschöpfen. Der studierte Betriebswirt selbst hatte schon bei mehreren Wahlen kandidiert. Rochow ist 28 und zählt zu den jungen NPD-Technokraten fern des Rampenlichts. Aufgewachsen ist er in Greifswald, wie die meisten Aktivisten seiner Partei hält er sich derzeit in Sachsen auf.

Unterdessen hat die Schweriner Landesregierung die Mittel für das Civitas-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus gestrichen. Der Haushalts-

weiter Seite 3

Inhalt:

„Keine Vorkommnisse“

SCHLIERSEE. „Wir haben keine Vorkommnisse registriert“, äußerte der Einsatzleiter der Miesbacher Polizei am Ende der diesjährigen „Annaberg-Gedenkfeier“ im bayerischen Schliersee. Ende Mai hatten sich erneut 200-250 Menschen an der Gedenkfeier der „Kameradschaft Freikorps Oberland – Bund Oberland“ beteiligt. Das „Freikorps“ war 1919 von Freiherr Rudolf von Sebottendorf von der völkischen „Thule-Gesellschaft“ aufgestellt worden. Im Vorfeld der Feier hatte SPD-Kreisvorsitzender Hans Pawlovsky die „fragwürdige Veranstaltung“ öffentlich kritisiert. Sollten seine Informationen stimmen, sehe er hier die nötige Distanz zum Dritten Reich nicht. Erstmals wird dabei auch angesprochen, dass 1921 bei den Kämpfen des „Freikorps“ im deutsch-polnischen Grenzgebiet auch zahlreiche Zivilpersonen von deutschen Freiwilligen gefoltert und ermordet wurden. Pawlovsky erwägt nun die Durchführung „einer hochkarätig besetzten Veranstaltung“ in Schliersee „um über die historischen und politischen Hintergründe“ der „Annaberg-Feier“ aufzuklären. Auch die Teilnahme der Himmler-Tochter Gudrun Burwitz an einer früheren Feier wurde kritisiert. Auf der diesjährigen Veranstaltung wieder dabei: Vertreter der „Oberschlesischen Landsmannschaft“, Ortsgruppe München. Vorsitzende Gertrud Müller, „die immer bei den Vorbereitungen dieser Feier mitwirkt“, sprach wieder einige Grußworte.

Statt eines Vortrages von Kameradschafts-Mitglied Dirk Pott, der in den vergangenen Jahren u.a. für die nationalistische „Deutschland-Bewegung“, die revanchistische „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ (JLO) und den sudetendeutschen „Witiko-Bund“ aktiv war, hielt in diesem Jahr Heinrich Rathjen eine „flammende Rede“. Rathjen (Achim) von der „Bürgerinitiative Ehrenmale“ zeichnete sich noch im vergangenen Jahr für eine „Protestaktion gegen Kollektivschuld und Sippenhaftung“ verantwortlich, die u.a. eine Anzeige in der „Jungen Freiheit“ veröffentlichte. Noch am 1. Mai hatte sich die „Kameradschaft Freikorps Oberland“ an einer alljährlich stattfindenden „Gedenkfeier“ auf dem Münchener Waldfriedhof zur Erinnerung an die „Befreiung Münchens“ von der Räterepublik 1919 beteiligt. Mitveranstalter dieser Gedenkfeier waren der „Stahlhelm“, der „Deutsche Block“ und der „Treue-Ring“. Organisator der Feier war Roland Wuttke (Mering) von „Demokratie Direkt“. Er verfügt über gute Kontakte u.a. zur NPD und schreibt für deren Organ „Deutsche Stimme“. Auch wenn „Kameradschaftsführer“ Jürgen Popp (Rosenheim) einen „rechtsradikalen Hintergrund“ seiner „Kameradschaft“ bestreitet, zeigt doch schon ein Blick in das aktuelle Kameradschaftsblatt „Der Oberländer“, dass dies nicht stimmt. Dort wird neben einer Pressemitteilung der NPD im Sächsischen Landtag auch ein Text des früheren Kühnen-Gefolgsmanns Thomas Brehl, ehemals Aktivist der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA), aus der neofaschistischen Zeitschrift „Recht und Wahrheit“ abgedruckt. Auf der vorletzten Seite des Hefts findet sich der Aufruf: „SPDCDUFDPGRÜNE/PDS. Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber. Geht zur Wahl. Wählt National!“. Die „polizeilich betreute“ Veranstaltung würde von den Bürgern Schliersees gar nicht wahrgenommen, meint hingegen Bürgermeister Toni Scherer. Unangenehm aufgefallen seien die Teilnehmer bislang nie. Es ist zu hoffen, das wenigstens die Besucher des Urlaubsortes dies anders sehen. Im kommenden Jahr soll die „Annaberg-Gedenkfeier“ am 21. Mai stattfinden („Der Oberländer“ 41-2005/“Miesbacher Merkur“).

hma ■

„Nachhaltig geprägt“

PULLACH. Im Alter von 93 Jahren ist jüngst der ehemalige Sprecher der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“, Walter Becher, gestorben. In der „Kulturpolitischen Korrespondenz“ der „Stiftung Ostdeutscher Kulturrat“ wird in diesem Zusammenhang ein Nachruf des CSU-Europaparlamentsabgeordneten Bernd Posselt, zugleich Bundesvorsitzender der „Sudetendeutschen Landsmannschaft“ und Präsident der „Paneuropa-Union“ veröffentlicht.

Über Bechers Wirken während des Nazi-Regimes liest man dort freilich nichts. Becher prägte „Bayerns vierten Stamm wie kein Zweiter“ wird dort gelobhudelt, dass er „uns Jüngere stets beeindruckt und nachhaltig geprägt“ habe und dass ihm „falsches Versöhnlertum“ ein „Greuel“ waren. Becher gehörte in den 30er Jahren der „Sudetendeutschen Partei“ Henleins an. Nach der Okkupation des Sudetenlandes durch die Wehrmacht wurde Becher Redakteur des NSDAP-Organs „Die Zeit“ in Reichenberg (Liberec), in der er den nazistischen Rassenwahn propagierte. So forderte er dort nach den antisemitischen Pogromen vom 9. November 1938 unter der Überschrift „Lieder, auf die wir verzichten“, dass alle Lieder „deren Worte von Juden stammen oder die von Juden vertont sind“, nicht mehr gesungen werden sollen („Die Zeit“ 17.11.1938). Nach zahlreichen antisemitischen Maßnahmen im Sudetenland, die zur Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens geführt und viele in Ghettos und KZ`s gebracht hatte, schrieb er im Mai 1939: „Das Sudetenland ist Kulturland geworden. Erst die befreiende Tat des Führers hat unzählige schlummernde Kräfte aufgeweckt....Was unter der Patronanz einer volksfremden, von jüdischen Maklern beeinflußten Regierung bewußt totgeschwiegen wurde, kann sich heute dem allgemeinen Urteil stellen“ („Die Zeit“ 23.5.1939).

Nach Kriegsbeginn wurde Becher „Kriegsberichter“ und Leutnant in einer Propaganda-Kompanie der Wehrmacht. Nach dem Krieg gründete er mit anderen ehemaligen NS-Aktivisten die völkische Gesinnungsgemeinschaft „Witiko-Bund“, dessen Vorsitzender er auch viele Jahre war. Nachdem Becher zu Beginn der 50er Jahre Landtagsabgeordneter des revanchistischen „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE) war, wechselte er später zur CSU über und zog für diese 1965 in den Bundestag ein. Becher unterhielt zahlreiche Kontakte in die extreme Rechte, gehörte einschlägig rechten Studentenverbindungen an und war u.a. Mitautor der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ der rechtsextremen „Verlagsgemeinschaft Berg“ und des Buches „50 Jahre Vertreibung“, das 1995 in Graberts „Hohenrain-Verlag“ erschien.

hma ■

Durchsuchungen bei Anhängern der rechten Szene

SACHSEN. Bereits zum zweiten Mal in diesem Monat hat die Polizei im Raum Pirna und Sächsische Schweiz Wohnungen von Anhängern der rechten Szene



unter die Lupe genommen. Am 27.9. durchsuchten rund 100 Beamte vom Landeskriminalamt (LKA), der Polizeidirektion Osterzgebirge-Oberes Elbtal und der Bereitschaftspolizei 20 Wohnungen. Auch ein Spind in einer Schneeberger Bundeswehrkaserne wurde kontrolliert.

Den 21 Beschuldigten im Alter zwischen 16 und 23 Jahren wird vorgeworfen, am 18. und 19. Juni 2005 bei Übergriffen am Bahnhof Pirna dabei gewesen zu sein. Sie sollen Teilnehmer des Dresdner Stadtteilfestes „Bunte Republik Neustadt“ angegriffen haben, die gerade von dort zurückkamen. Nach den ersten Durchsuchungen am 5. September ermittelt die Staatsanwaltschaft Dresden nunmehr gegen insgesamt 47 Personen wegen Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung.

„In der Sächsischen Schweiz brodelt es schon länger“, sagte LKA-Sprecherin Silke Specht. Allerdings wollte sie nicht bestätigen, dass ein am 28. Juli vom ARD-Magazin „Kontraste“ ausgestrahlter Beitrag das geballte Vorgehen der Behörden gegen die rechte Szene ausgelöst habe. In der Sendung war die Untätigkeit der Polizei kritisiert worden. Bei den Durchsuchungen wurden vor allem Computer und Handys sichergestellt, aber auch Baseballschläger und Hakenkreuze wurden gefunden.

Quelle: DNN 28.9.2005 ■

Parlamentarier der NPD droht Strafverfahren

SACHSEN. Der Zentralrat der Juden will die Verherrlichung Adolf Hitlers durch einen sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten nicht hinnehmen. „Wir erstatten Strafanzeige“, kündigte am 26.9. der Präsident des Zentralrats, Paul Spiegel, gegenüber dem „Tagesspiegel“ an. Der NPD-Abgeordnete Klaus-Jürgen Menzel hatte in einem am Donnerstag ausgestrahlten Beitrag des Fernsehmagazins „Kontraste“ geäußert, „ich halte den Führer nach wie vor für einen großen Staatsmann, vielleicht einen der größten, den wir je gehabt haben“. Menzel bekräftigte, „dazu stehe ich“. Die Sätze sind auf der Homepage des RBB-Magazins nachzulesen.

Was der NPD-Mann von sich gegeben habe, „ist nach unserer Meinung Volksverhetzung“, sagte Spiegel. Er bezog sich auf den im März vom Bundestag erweiterten Paragrafen 130 des Strafgesetzbuchs. In dem neuen Absatz 4 steht, „Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt“.

weiter Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

entwurf sieht kein Geld für deren Beratungsangebote vor; in diesem Jahr wurden noch 150 000 Euro für Civitas eingestellt. Aus dem Programm, das der Bund zu 80 Prozent und das Land Mecklenburg-Vorpommern zu 20 Prozent tragen, werden unter anderem zivilgesellschaftliche Projekte und eine mobile Opferberatung finanziert.

Beflügelt wird die Aussicht in Sachsen durch überdurchschnittliche Ergebnisse für die Neonazis in jüngsten Umfragen unter Nichtvolljährigen. 28,07% stimmten bei einer Wahlumfrage von unter 18-Jährigen durch den Jugendring sächsische Schweiz für die NPD. Doch nicht nur der Landkreis Sächsische Schweiz, auch Sachsenweit erhält die NPD bei den unter 18-Jährigen beängstigende Sympathiewerte. Mit 16,35 % liegt die NPD an dritter Stelle hinter der Linkspartei und der SPD und noch vor CDU und FDP. Bundesweit kommt die NPD unter jugendlichen „Demnächstwählern“ auf 6,69%.

So dürften nach dem Flopp in Sachsen fürs Erste die medial inszenierten Erfolgserzählungen zugunsten des eigenen Kaderaufbaus und einer nationalsozialistischen Jugendbewegung aufgegeben werden. Das Portal der Freien Nationalisten in Sachsen benennt, wie man sich dort den Parteiaufbau „von unten“ vorstellt: „An dieser Stelle nun sollte sich die NPD fragen, wie sie die Jugendarbeit intensivieren kann. Tun muss sie es. Sicherlich, die Zahlen ändern sich und in einem Jahr kann es ganz anders aussehen. Ein gefestigtes Weltbild möchte man einem Jugendlichen mit 17 Jahren und darunter nicht zwangsläufig zurechnen, sucht man doch in dieser Spanne seines Lebens noch seinen Weg. Fakt ist jedoch, dass diese Zahlen ein Auftrag für die Partei NPD sein müssen. Die Arbeit der Jungen Nationaldemokraten, von denen man nur selten viel zu hören bekommt, sollte dringendst intensiviert werden. Strukturen und Freiräume müssen geschaffen werden. Dazu gehört vor allem das Schaffen Nationaler Jugendzentren in den Hochburgen der NPD und später auch darüber hinaus. Man hofft die NPD erkennt die Ergebnisse dieser Wahl als eine Verpflichtung, egal wie die Bundestagswahl ausgeht, vor allem jugendliche Aktivisten, welche sich intensiver in die Arbeit der Partei einbringen wollen, besser zu fördern. Auch die Arbeit der freien Kameradschaften sollte nicht außer Acht gelassen werden. Die Symbiose zwischen beiden ist wichtig. Trennendes muss überwunden und Vorurteile abgebaut werden. Dies ist primär für die nächsten Jahre.“

Wolfram Siede ■

(siehe: http://www.statistik.sachsen.de sowie www.jugendplatz.de/u18wahl.html)

Bundestagswahl 2005	Erststimmen	Zweitstimmen
NPD Schleswig-Holstein:	17.497 (1,0)	17.061 (1,0)
NPD Meklenburg-Vorpommern:	32.944 (3,3)	34.747 (3,5)
NPD Hamburg:	10.135 (1,1)	9.463 (1,0)
NPD Niedersachsen:	62.313 (1,3)	59.744 (1,3)
NPD Bremen:	5.513 (1,5)	5.341 (1,5)
NPD Brandenburg:	51.389 (3,3)	50.280 (3,2)
NPD Sachsen Anhalt:	40.324 (2,8)	36.970 (2,5)
NPD Berlin:	33.508 (1,8)	29.070 (1,6)
NPD NRW:	97.166 (0,9)	80.512 (0,8)
NPD Sachsen:	131.753 (5,0)	126.726 (4,8)
NPD Hessen:	51.499 (1,5)	41.380 (1,2)
NPD Thüringen:	57.464 (4,0)	52.988 (3,7)
NPD Reinland-Pfalz:	36.481 (1,5)	31.012 (1,3)
NPD BAWÜ:	92.847 (1,6)	66.644 (1,1)
NPD Bayern:	126.059 (1,8)	95.196 (1,3)
NPD Saarland:	10.920 (1,7)	11.459 (1,8)
NPD Bundesweit:	857.812 (1,8%)	748.593 (1,6%)

Bundestagswahl 2005

Sächsische Wahlkreise aufsteigend sortiert nach Erststimmenanteile für die NPD in %

lfd. Nr.	Wahlkreis	Erststimmenanteile für die NPD in %
1	Leipzig II	2,3
2	Dresden I	2,4
3	Chemnitz	2,9
4	Leipzig I	3,0
5	Zwickauer Land - Zwickau	3,4
6	Dresden II - Meißen I	4,3
7	Leipziger Land - Muldentalkreis	4,5
8	Vogtland - Plauen	4,8
9	Chemnitzer Land - Stollberg	5,0
10	Delitzsch - Torgau-Oschatz - Riesa	5,3
11	Döbeln - Mittweida - Meißen II	6,1
12	Freiberg - Mittlerer Erzgebirgskreis	6,1
13	Annaberg - Aue-Schwarzenberg	6,6
14	Kamenz - Hoyerswerda - Großenhain	6,7
15	Löbau-Zittau - Görlitz - Niesky	6,7
16	Bautzen - Weißwasser	7,0
17	Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis	7,8

Neben seinem Landtagsmandat ist Klaus-Jürgen Menzel außerdem Vizechef der Landes-NPD. Gegenüber „Kontraste“ sagte er auch, er möchte die deutschen Grenzen vom 1. September 1939 wiederhaben, „mit Einschluss von Sudetenland und Österreich

Quelle: Der Tagesspiegel, 27.9.2005
Die Kontraste-Sendung ist dokumentiert unter www.mut-gegen-rechte-gewalt.de ■

Strafanzeige gegen die NPD

FRANKFURT. Die NPD hat während des Wahlkampfs Wahlplakate geklebt, die nach Auffassung der Anti-Nazi-Koordination den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllen. „Gute Heimreise – NPD!“ heißt es da als Kommentar zu einem Bild, das durch Kopftücher als Muslime gekennzeichnete Frauen darstellt, die mit Säcken und Bündeln auf dem Rücken in Richtung eines Minaretts gehen. Ein Bild und eine Parole, die in zynischer Sprache zur Vertreibung von Migrantinnen und Migranten auffordert. Der Zynismus wird noch dadurch gesteigert, dass das Bild vermutlich absichtlich einem historischen Foto nachempfunden ist, das



während des Abtransports von Jüdinnen und Juden aus Drohobycz in das KZ Belzec im Jahre 1942 entstand.

Besonders perfide finden wir die Parallele einer Synagoge auf dem historischen Foto von 1942 hinten rechts, die in der NPD-Fotomontage ebenfalls hinten rechts durch eine Moschee, vertreten durch ein Minarett „ersetzt“ wird. Dies im Zusammenhang mit dem zynischen Slogan „Gute Heimreise“ ist nach unserer Auffassung eine sehr klare volksverhetzende Botschaft. In Frankfurt hat die NPD Plakate dieser üblen Machart vermutlich ebenfalls nicht unabsichtlich z.B. direkt vor einem türkischen Bistro aufgehängt. Die Anti-Nazi-Koordination hat durch Katinka Poensgen bei der Frankfurter Staatsanwaltschaft Strafanzeige gegen Unbekannt, insbesondere die verantwortlichen Personen der NPD wegen § 130 StGB gestellt.

Das NPD-Plakat kann sich jede/r selbst ansehen (z.B. www.npd-mettmann.de/Bilder/gute_heimreise.JPG)

Anti-Nazi-Koordination Frankfurt ■

Rabehl als Experte der NPD bei Anhörung

SACHSEN. Bei einer öffentlichen Anhörung des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses des Sächsischen Landtages am 26.9., die auf einen Antrag der PDS-Fraktion zur Einfügung einer antifaschistischen Klausel in die Sächsische Landesverfassung zurückging, trat Prof. Dr. Bernd Rabehl als von der NPD benannter Sachverständiger auf. Laut Pressemitteilung der NPD-Landtagsfraktion erklärte Rabehl, die von der PDS beantragte Klausel trage den Keim in sich, die gesamte Rechtsordnung Sachsens zu verändern.

„Es wäre durchaus denkbar, dass mit dieser ‚Klausel‘ ein Ausnahmegesetz geschaffen werden soll, das die demokratische Verfassung Sachsens aushebeln könnte“, so Rabehl. „Der Gesetzentwurf... trägt den Zuschnitt eines Sonderparagraphen, der als Grundprinzip außerhalb der demokratischen Verfassung steht. Er redet indirekt einem Polizei- und Spitzelstaat zu Munde. Er will alle demokratischen Parteien seinen ‚Direktiven‘ subsumieren und er spricht von einem abstrakten Feind, von einer abstrakten Bedrohung der Gesellschaft, so daß viele Strömungen von Opposition diesem Feindbild entsprechen könnten. Der Willkür wäre Tür und Tor geöffnet.“

Prof. Uwe Backes, stellvertretender Direktor des Hannah-Arendt-Instituts in Dresden, ebenfalls als Sachverständiger geladen, bezeichnete einen reinen „Antifaschismus“ als fragwürdig, wenn er nicht mit Antikommunismus verbunden ist. Prof. Eckhard Jesse von der Technischen Universität Chemnitz beurteilte den PDS-Gesetzesentwurf ähnlich. Die PDS wolle mit ihm an den DDR-Antifaschismus anknüpfen, der immer nach der Devise Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen verfahren sei. Dabei werde allerdings übersehen, dass nur eine Tat, aber keine Meinung ein Verbrechen sein könne.

Die Abgeordneten Kerstin Köditz und der rechtspolitische Sprecher der Fraktion der Linkspartei.PDS Bartl werten die Expertenanhörung als Ermutigung, weiter für die Ergänzung der Landesverfassung zu streiten:

„Laut einer Antwort der Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage aus unserer Fraktion gab es im ersten Halbjahr 2005 in Sachsen nur zwei Tage ohne Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund. Die Erweiterung der Landesverfassung um eine ‚Antifa-Klausel‘ ist also dringend geboten. ... Erst wenn in der Verfassung festgeschrieben ist, dass „rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Aktivitäten sowie eine Wiederbelebung und Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes nicht zuzulassen, die Pflicht des Landes und Verpflichtung aller im Land“ ist, bekommt Zivilcourage die verfassungsfeste Basis, die sie braucht.

Eine konsequente juristische Bekämpfung des Neonazismus ist nötig, forderte auch Prof. Dr. Wolfgang Dreßen aus Düsseldorf und hob den Vorbildcharakter unserer Gesetzesinitiative hervor.

Zuspruch kam auch vom Vorsitzenden der sächsischen Polizeigewerkschaft Matthias Kubitz, der anhand der regelmäßigen Worch-Aufmärsche in Leipzig darstellte, dass der massive Polizeischutz rechter Aufmärsche weder im Ausland noch in der Masse der Bevölkerung als rechtstaatlich geboten verstanden wird. Kubitz erinnerte daran, dass die Polizeigewerkschaft sich bereits 1994 als erste Organisation für eine derartige Verfassungsklausel ausgesprochen hat. Verwaltungsrechtler Dr. Martin Maslaton aus Feiberg erklärte, dass die Einsetzung einer ‚Antifa-Klausel‘ als Staatszielbestimmung durchaus in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz steht, der Einmaligkeit von Auschwitz gerecht wird und nicht – wie von Kritikern der Gesetzesinitiative behauptet – das verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit beschneide.

Die Expertenanhörung zur Antifa-Klausel bestärkt uns in der Absicht, den entsprechenden Gesetzentwurf noch in diesem Jahr zur zweiten Lesung in den Landtag einzubringen.“

PM Köditz/Bartl vom 26.9.05, www.pds-fraktion-sachsen.de ■

Brandstifter von Solingen erneut verurteilt

DORTMUND. Einer der Brandstifter von Solingen, der wegen fünffachen Mordes und vierzehnfachen Mordversuchs zehn Jahre im Gefängnis gesessen hat, ist erneut zu vier Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Der inzwischen 29-Jährige aus Schwerte hatte im Januar bei einer Demonstration in Hamm zweimal den „Hitlergruß“ gezeigt. Das Dortmunder Landgericht verurteilte ihn deshalb wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.

Fünf Menschen starben und etliche weitere Bewohner wurden verletzt bei dem Brandanschlag am 29. Mai 1993 auf das Haus einer türkischen Familie in Solingen, an dem Christian R. beteiligt war und für den er 1995 zehn Jahre Jugendstrafe erhielt. Seine Einstellung hat das offensichtlich nicht ändern können. Nachdem er zunächst vom Amtsgericht Hamm zu 400 Euro Geldstrafe verurteilt worden war, hatte die Staatsanwaltschaft Dortmund Berufung eingelegt. Die Richterin bescheinigte dem Angeklagten jetzt im Berufungsprozess, er habe im Gefängnis nichts gelernt und habe sich keine einzige Minute mit seiner Tat auseinander gesetzt. *u.b.* ■

Massengrab auf dem Echterdinger Flughafen war den Behörden seit 1950 bekannt

VVN-Bund der Antifaschisten fordert Gutmachung der Versäumnisse der Vergangenheit und einen Gedenkstein am Flughafen

Beim jetzt gefundenen Massengrab von KZ-Häftlingen auf dem Echterdinger Flughafen handelt es sich ganz offenkundig um das Grab, das den Behörden bereits 1950 bekannt gemacht worden ist. Seit damals wurde nichts unternommen, um den Opfern eine würdige Ruhestätte zu geben.

Nach den im Archiv der VVN-BdA vorhandenen Unterlagen hatte ein Flugzeugschlosser aus Bayern im April 1950 seinem damaligen Landtagsabgeordneten von seinen Beobachtungen berichtet. Er „habe öfters gesehen, wie Tote vor der Halle eingegraben wurden.“ Zur Bezeichnung dieser Stelle hatte der Zeuge seinem Brief eine Skizze beigelegt. Diese Information wurde vom bayerischen Landtagsabgeordneten Stöhr an den damaligen Landtagspräsidenten Auerbach weitergeleitet, der versicherte, er werde „der Sache selbstverständlich nachgehen lassen“ und den Vorgang tatsächlich an die württembergisch-badischen Behörden weiterleitete.

Am 26. Mai 1950 übersandte die „Landesbezirksstelle für die Wiedergutmachung Stuttgart“ eine entsprechende Information an die „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“. Bei der VVN handelte es sich damals wie heute um einen eingetragenen Verein ohne jede staatliche Befugnisse und Kompetenzen. Sie verfügte über keinerlei Möglichkeiten, Nachforschungen oder gar Grabungen auf dem Gelände des Flughafens zu veranlassen.

Das damalige Schreiben zum Massengrab auf dem Stuttgarter Flughafen musste von der VVN lediglich als hilfreiche Information für ihre Arbeit zur Dokumentation von Nazi-Opfern und den von der VVN bundesweit organisierten Such- und Meldedienst verstanden werden. Die VVN Stuttgart leitete das Schreiben entsprechend an die bundesweite „Forschungsstelle“ der VVN in Hamburg weiter.

Heute stellt sich heraus, dass diese Mitteilung an die VVN von den Behörden offensichtlich als abschließende Behandlung des Hinweises auf ein Massengrab von KZ-Opfern betrachtet worden war.

Trotz der genauen Hinweise erfolgten seitens der Behörden keinerlei Nachforschungen oder Aktivitäten, den Opfern eine würdige Ruhestätte zu ermöglichen. Mit einer Information an den kleinen privatrechtlichen Verein VVN entsorgten die Landesbehörden damals ihre Verantwortung für die Opfer.

Eine entsprechende Erfahrung machte offensichtlich auch die Esslinger Historikerin Gudrun Silberzahn-Jandt, die sich – nach einem entsprechenden Bericht der Esslinger Zeitung vom 23.9. –, in den 90er Jahren vergeblich bemüht hatte, die Behörden auf das damals angezeigte Massengrab aufmerksam zu machen.

Fundstelle des Massengrabs am Echterdinger Flughafen

Ein ähnlich oberflächlicher Umgang mit den Opfern des Naziregimes offenbarte sich Ende der 70er Jahre, als 1979 eine Gruppe Jugendlicher aus Leinfelden-Echterdingen in Zusammenarbeit mit der VVN-Bund der Antifaschisten die Errichtung eines Gedenksteines zur Erinnerung an die Opfer des KZs am Flughafen forderte. Diese Forderung löste ein jahrelanges Gerangel zwischen der landesnahen Flughafenverwaltung und den betroffenen Gemeinden Leinfelden-Echterdingen, Filderstadt und auch Stuttgart aus.

Während sich der Stuttgarter OB Rommel gleichzeitig auch in seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafen AG für eine Gedenkstätte im Eingangsbereich des Flughafens aussprach, erklärte die Flughafenverwaltung, sie könne keinen historischen Bezug des KZs, das dem Ausbau der (heute vorwiegend zivil genutzten) Landebahn diente, zum zivilen Bereich des Flughafens erkennen. Auch die Gemeinde Leinfelden-Echterdingen fürchtete, in den Augen der Fluggäste als „ehemalige KZ-Gemeinde“ abgestempelt zu werden, falls der Gedenkstein nahe dem stark frequentierten Publikumsbereich des Flughafens errichtet würde.

Schließlich wurde zum Ende des unwürdigen Gezerres 1982 ein Gedenkstein im Bereich des „Kriegsehrenfeldes“ auf dem Echterdinger Friedhof errichtet. Die jüdischen Opfer der rassistischen Massenvernichtung im KZ-System der Nazis wurden damit zu Kriegsopfern. Der Ort der Gedenkstätte wird nach Ansicht der VVN-Bund der Antifaschisten der Dimension des Verbrechens des Holocaust und der „Vernichtung durch Arbeit“ nicht gerecht.

Der Gräberfund auf dem Stuttgarter Flughafen ist ein aktueller Anlass, erneut an die uns von der Vergangenheit auferlegte Verantwortung für Gegenwart und Zukunft hinzuweisen:

Die Pflege der Erinnerung bleibt eine wichtige Aufgabe.

Es wird Zeit, die Versäumnisse der Landesbehörden von damals wieder gut zu machen:

- Durch eine verstärkte Förderung der Gedenkstättenarbeit zur Aufklärung über den verbrecherischen Charakter des Faschismus im Allgemeinen
- und der Errichtung einer Gedenkstätte für die Opfer des Flughafen-KZs an einer der Öffentlichkeit zugänglichen prominenten Stelle im Flughafenbereich im Besonderen.

PM VVN-BdA, Baden-Württemberg ■

Trauer um Simon Wiesenthal

Im Alter von 96 Jahren ist in Wien „das Gewissen des Holocaust“ Simon Wiesenthal verstorben. Dies wurde am 20. September 2005 durch das Simon-Wiesenthal-Center bekannt gegeben.



„Für unsere Organisation ist sein Tod ein schmerzlicher Verlust“, erklärte der Vorsitzende der VVN-BdA Prof. Dr. Heinrich Fink. Und weiter: „Wir verneigen uns vor einem der konsequentesten Antifaschisten.“

Simon Wiesenthal wurde am 31. Dezember 1908 in Buczacz in der Ukraine geboren. Er überlebte insgesamt 13 faschistische Konzentrationslager und wurde schließlich 1945 aus dem KZ Mauthausen von amerikanischen Truppen befreit.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gründete er Dokumentationszentren und sammelte Aussagen von Überlebenden und Dokumente, die die Verbrechen der Nazis belegen.

Während die Alliierten zum Kalten Krieg übergingen und Überlebende ihr eigenes Leben neu organisierten, übernahm Simon Wiesenthal die Rolle des Verfolgers und Ermittlers der NS-Verbrecher in seiner Person.

Durch seine Arbeit hat er mehr als 1.100 NS-Verbrecher ausfindig gemacht, auch an der spektakulären Aufspürung Adolf Eichmanns 1960 in Argentinien hatte er großen Anteil.

1977 wurde durch ihn das Simon Wiesenthal Center mit dem Ziel, weiter flüchtige NS- und Kriegsverbrecher zu verfolgen, gegründet.

Simon Wiesenthal ging es nicht um Rache. Er wollte sich nicht damit abfinden, dass der Tod von 6 Millionen Jüdinnen und Juden und der zahlreichen weiteren Opfer der Nazis ungesühnt bleibt und die Welt einfach zur Tagesordnung übergeht.

Durch sein Werk hat er als Überlebender die Welt mit den faschistischen Verbrechen konfrontiert. Durch die umfassenden Angebote leistet das Simon Wiesenthal Center einen großen Beitrag in der Auseinandersetzung mit nazistischen und neonazistischen Positionen und gegen das Aufkeimen des Antisemitismus.

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten(VVN-BdA)
e-mail: bundesbuero@vvn-bda.de,
Internet: www.vvn-bda.de ■

Frankreich:
„Gedrängel im rechten Spektrum“ II
Nachtrag und Korrektur zu AN 19/2005

Zu dem Artikel aus der vorigen Ausgabe der AN sei noch nachgetragen, dass der vormalige FN-Bürgermeister im südfranzösischen Orange (30.000 Einwohner), Jacques Bompard, die rechtsextreme Partei inzwischen verlassen hat. Damit hat der Front National sein letztes Stadtoberhaupt verloren; 1995 hatte die rechtsextreme Partei noch drei Bürgermeister besessen, ab 1997 waren es sogar vier. Die anderen Rathäuser, außer Orange, gingen inzwischen an die bürgerliche Rechte oder an die Sozialdemokratie verloren (Toulon, Vitrolles) oder das Stadtoberhaupt trat aus der organisierten extremen Rechten aus (Marignane).

Wie durch die Presse ruchbar wurde, haben sich sowohl die „Nummer Zwei“ des Front National (hinter Le Pen), der „Generalbeauftragte“ Bruno Gollnisch, als auch die „Nummer Drei“, Generalsekretär Carl Lang, dem durch Le Pen betriebenen Ausschluss Bompards aus seinen bisherigen Parteiämtern widersetzt.

Bei der Sitzung des obersten Führungsgremiums der Partei, des „Exekutivbüros“, am 9. September hatte Jean-Marie Le Pen es laut Angaben der linksliberalen Tageszeitung „Libération“ unterlassen, erneut die Absetzung Bompards von allen Parteiämtern zur Abstimmung zu stellen. Denn sechs Monate zuvor war Le Pen mit einem solchen Antrag innerhalb der Parteispitze unterlegen – dass der „Chef“ (wie er im FN-Jargon heißt) überhaupt so offen verlieren kann, ist ein historisches Novum.

Dieses Mal forderte Le Pen die neun Mitglieder der obersten Parteiinstanz stattdessen dazu auf, über einen Antrag abzustimmen, der ihm in dieser Frage pauschal „das Vertrauen ausspricht“. Gegen die Absetzungspläne Le Pens stimmen, bedeutete also, ihm symbolisch das Vertrauen entziehen zu müssen. Dennoch widersetzten sich sowohl Bruno Gollnisch als auch Carl Lang dem, erpresserisch formulierten, Antrag.

Im Nachhinein bezeichnete der „Generalbeauftragte“ (délégué général) der Partei und mögliche Nachfolger Le Pens, Gollnisch, es öffentlich als „persönliche Niederlage“, die „Aussöhnung“ zwischen der Partei und Bompard nicht geschafft zu haben. Der Bürgermeister von Orange und rechte Hardliner-Dissident, Jacques Bompard, bedankte sich daraufhin – ebenfalls öffentlich – bei Gollnisch und Lang.

Die Episode dürfte hauptsächlich belegen, wie isoliert der als Alleinherrscher amtierende Le Pen mittlerweile in seiner Partei ist. Aber auch, in welchem Maße er aus Sicht des „harten Kerns“ heute eine Amoklauf gegen den Parteikader betreibt.

Es sei noch eine Richtigstellung vorgenommen: Die von Le Pen bereits jetzt aktiv vorangetriebene Kandidatur bei der Präsidentschaftswahl 2007 wäre nicht seine vierte, sondern seine fünfte Präsidentschaftsbewerbung. Neben den Präsidentschaftswahlen 1988 (14,4 Prozent), 1995 (15 Prozent) und 2002 (17 Prozent), bei denen Le Pen seine größten Wahltriumphe feierte, war der rechtsextreme Politiker bereits 1974 angetreten. Damals erhielt er jedoch nur 0,74 Prozent. Im Jahr 1981 hinderte ihn die Heraufsetzung der Zahl der erforderlichen Unterstützungs-Unterschriften von Mandatsträgern (von vorher 100 auf 500) an der Kandidatur – er blieb bei 434 „hängen“. Zum Ende seiner langjährigen Karriere droht Le Pen nunmehr, jedenfalls nach derzeitigem Stand, ein ähnliches Schicksal. *BhS (Paris)* ■

Naziaufmarsch verhindert

Leipzig. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hatte für den 1. Oktober mal wieder einen Aufmarsch in Leipzig angemeldet. Seine 150 Kameraden schafften es gerade mal zum Startpunkt ihrer Demonstrationstrecke. Trotz Kälte und strömendem Regen hielten 800 bis 1.000 Antifaschistinnen und Antifaschisten die Naziroute direkt am Listplatz, dem geplanten Startpunkt der Nazis, für mehrere Stunden besetzt. Die friedliche Blockade führte dazu, dass das traurige Häufchen von etwa 150 Nazis gegen 17.00 Uhr den Rückweg zum Bahnhof antreten musste, ohne auch nur einen Meter der eigentlichen Marschroute gelaufen zu sein. Bereits am 3.10.2004 und am 1.05.2005 hatten die freien Kameradschaften versucht, in Leipzig durch den linksalternativen Stadtteil Connewitz zu marschieren. Beide Male wurde dies durch vielfältigen antifaschistischen Widerstand verhindert. Im Vorfeld des 1.10.2005 drohten Sachsens Innenminister Thomas de Maiziere und Leipzigs Polizeichef Rolf Müller mit einem harten Durchgreifen gegen alle Störungsversuche durch AntifaschistInnen, insbesondere nachdem bekannt worden war, dass ein linkes Bündnis offensiv für eine Blockade des Naziaufmarsches warb. Am Tag des Aufmarsches selbst hielt sich die Polizei dann allerdings zurück und unternahm keinen Versuch, die Blockade auf der Naziroute zu räumen. Dennoch kam es zu einigen Festnahmen. *left-action.de/antifa* ■

Augsburg. Am Maria-Theresia-Gymnasium (MTG), Gutenbergstraße 1, hat unter Leitung des Lehrers Peter Wolf eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern eine Ausstellung über das Schicksal der fast 200 jüdischen Mitschülerinnen erarbeitet. Die Ausstellung (im Kollegiatengebäude neben der Schule) ist bis 14. Oktober täglich 14–19 Uhr öffentlich zugänglich, der Katalog für 10 Euro auch im Buchhandel erhältlich. Hier ein kurzer Auszug aus dem Chronikteil des Katalogs.

„Marianne Weil – Spurensuche – Jüdische Mädchen" am Maria-Theresia-Gymnasium Augsburg

Schüler erforschen ihre NS-Schulgeschichte

Die folgenden Ereignisse und Daten sind den vollständig vorhandenen Jahresberichten der Maria-Theresia-Schule, Lehrerkonferenzprotokollen aus den Jahren zwischen 1933 und 1945, amtlichen Schriftstücken, den zahlreichen Veröffentlichungen von Gernot Römer, Zeitzeugenerinnerungen und anderen Quellen entnommen. Unsere Spurensuche kann nicht den Anspruch historischer Forschung erfüllen. Deshalb wurden Beurteilungen oder Deutungen nicht eingefügt. Die Daten und Tatsachen sprechen jedoch für sich. Sie geben ein Panoptikum verschiedener Ereignisse und Sichtweisen wieder. Es sind Mosaiksteine, die sich mit dem Wissen von der Zeit des Nationalsozialismus und persönlichen Vorstellungen zu einem subjektiven Bild zusammenfügen. Das tägliche Leben der jüdischen Schülerinnen, das Klima an der Schule, im Lehrerkollegium, in der Stadt, einengende Gesetze und Vorschriften, Berufsverbote, Auswirkungen auf die Familie, all das lässt sich in diesen Momentaufnahmen erspüren.

Das Schuljahr 1933–34

Augsburg hatte im Jahr 1933 ca. 1200 jüdische Bürger. Davon sind etwa 450 ausgewandert. Deportiert wurden etwa 450 bis 600, von denen fast keiner überlebte.

Antisemitische Tendenzen waren in Augsburg schon vor der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 spürbar: Elisabeth Dann und ihre Schwester Sophie wurden bereits 1919 aus antisemitischen Gründen von den „Wandervögeln" ausgeschlossen (obwohl sich der Ortsverband dagegen sträubte). Beide waren begeisterte Sängerinnen und hatten die Ausflüge und Aufenthalte im Landheim der Wandervögel im Siebentischwald sehr geliebt.

Der jüdische Friedhof wurde zweimal, 1924 und 1930, geschändet. Jüdische Bürger wurden 1924 von Nationalsozialisten auf offener Straße überfallen, es wurde versucht in die Wohnungen einzudringen.

Am Beginn des Schuljahres 1932/33 waren an den staatlichen, städtischen und privaten höheren Lehranstalten in Bayern unter den Schülern 1 319 (2,34% der Jungen) als „Israeliten" verzeichnet, unter den Schülerinnen 853 (3,06% der Mädchen). Im November 1938 wurden die letzten noch verbliebenen entlassen.

Aus der Sicht der NSDAP gab es bei der Reichstagswahl 1933 in Augsburg kein gutes Ergebnis: NSDAP: 35 230 Stimmen, SPD: 24 973, Kommunisten: 11 011, Bayer. Volkspartei: 29 322.

Freiheitsbeschränkungen für Juden

- 1.4.1938 Boykott jüdischer Geschäfte.
- 7.4.1938 Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen."
- Verbot des Bezugs von Ehestandsdarlehen.
- Verbot der Arbeit als Steuerberater und weiterhin als Beamte zu amtieren, soweit sie nicht vor 1914 schon Beamter, Frontkämpfer des 1. Weltkriegs oder Vater bzw. Sohn eines Gefallenen waren.

Dr. Albert Dann, Vater von zwei Schülerinnen, die das MTG besuchten, erinnerte sich in Palästina 1944 (Auszüge): „Es bestand in jüdischen Kreisen großes Kunstverständnis. Man konnte Theater und öffentliche Konzerte unbeanstandet besuchen; ja es wurde sogar sehr bedauert, dass nach 1933 die Juden sich von den Kunststätten aus freien Stücken ferngehalten haben... Lange Jahre war der Intendant des Theaters ein Jude (Lustig-Prean). Kapellmeister Frankenburger (nach der Emigration unter dem Namen ›Paul Ben-Haim‹ bedeutender Komponist) und viele jüdische Kräfte waren unter dem Theaterpersonal. Es war fast kein Verein in Augsburg, der kulturelle oder humanitäre Zwecke verfolgte, in dem nicht Juden Mitglieder und sehr oft auch in der Vorstandschaft waren."

Die jüdischen Mädchen aus der Klasse IIIb: Margarete Bloch, Karola Goldstein, Lisbeth Kaufmann, Marianne Landauer, Gertrud Loeb, Susette Schwab, Liselotte Stein und Margarete Wassermann.



Jüdische Schülerinnen in Augsburg		
Schuljahresbeginn	1932/33	1933/34
Maria-Theresia-Schule:	27	19
A.B. von Stetten'sches Institut:	9	12
Englische Fräulein:	-	-
Franziskanerinnen St. Maria Stern:	-	2
Dominikanerinnen St. Ursula:	-	2
Städt. Mädchenrealgymnasium:	6	5
Jüdische Schüler in Augsburg		
Schuljahresbeginn	1932/33	1933/34
Städt. Höhere Handelsschule:	10	8
St. Anna:	2	2
St. Stephan:	5	6
Realgymnasium:	19	19
Oberrealschule:	1	-

(Amtsblatt des Bayer. Staatsministeriums für Unterricht und Kultus 1933)

Der Schulleiter Dr. Germann im Jahresbericht 1933/34:

„Die gewaltigen Geschehnisse des Jahres, die nationalsozialistische Revolution, die Schaffung eines neuen Staates und einer neuen deutschen Volksgemeinschaft erlebten Lehrer und Schülerinnen in tiefster seelischer Ergriffenheit mit. Zahlreiche Feiern und Gedenkstunden vertieften diese Erlebnisse und stärkten die Liebe und Treue zum deutschen Volk und Vaterland und zu seinem großen Führer Adolf Hitler ... Am 26. Mai erinnerten wir durch Ansprachen in den Klassen und durch Teilnahme an einer Rundfunkfeier an den Freiheitskämpfer Leo Schlageter und seinen Heldentod am 26. Mai 1923. Der 28. Juni 1933 veranlasste zu eingehenden Ausführungen über das schändliche Versailler Friedensdiktat und zu ernster Mahnung. Am Samstag, den 24. Juni 1933 feierte unsere Schule auf dem Rennbahnplatz an der Haunstetter Straße das ›Fest der deutschen Jugend‹, das Wettkämpfe, Spiele, turnerische Vorführungen und eine Ansprache des Berichterstatters umfasste."

Bek. d. Staatsm. f. Unt. u. Kult. v. 11.08.1933 Nr. VIII 33058 über den Vollzug des Gesetzes gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen, hier Beschränkung des Zuganges nichtarischer Schüler:

„... dürfen vom Schuljahr 1933/34 an in allen öffentlichen und privaten Schulen mit Ausnahme der Pflichtschulen nichtarische reichsdeutsche Schüler nur mehr in beschränkter Zahl neu aufgenommen werden. Zuviel aufgenommene Schüler sind sobald als möglich zu entlassen ..."

Bundeswehr sauer: Gute Akustik auf dem Roncalliplatz in Köln

Der Bundeswehr-Einsatz am Kölner Dom hat sich als relatives Desaster für die Truppe erwiesen. Die Propaganda-Show an der Heimatfront mit Soldatengottesdienst, Rekrutengelöbnis und Großem Zapfenstreich ging nicht ohne antimilitaristische Kommentare über die Bühne. Gelöbnis und Zapfenstreich wurden durch Trillerpfeifen und bis in die Mitte des Platzes gut hörbare Gesänge der GegendemonstrantInnen („rabimmelrabammelrabumm“) ins Lächerliche gezerrt.

Zusätzliche heimlich vorbereitete Aktionen offenbarten Sicherheitslücken im von Bundeswehr, Polizei und Stadt bereits seit letztem Jahr vorbereiteten Spektakel. „Der erste Protest, der auch auf dem Roncalliplatz deutlich zu sehen ist, kommt von der Gästetribüne: Die drei Ratsmitglieder der Linkspartei entrollen eine Pace-Fahne. Nach wenigen Sekunden sind die Feldjäger da“, schreibt die taz. Aber es kommt noch dicker. Die Eidesformel der Rekruten wird von einer Tröte auf dem Dom unterbrochen. Zwei Aktivisten aus Ostwestfalen zeigen in lichter Höhe ein Transparent mit einer provokativen alternativen Eidesformel: „Wir geloben zu morden, zu rauben, zu vergewaltigen“. Die Bundeswehr-Oberen schäumen. Die beiden riskieren Strafverfahren wegen Beleidigung sowie wegen Hausfriedensbruchs, das das mit der Bundeswehr eng verbandelte Domkapitel anstrengen will. Auf den Prozess darf man gespannt sein. Besuche bei Zwangsprostituierten durch KFOR-Angehörige auf dem Balkan sind kein Geheimnis. Um Aktionen der Kommando Spezialkräfte KSK an der Seite von US-Spezialkräften in Afghanistan wird zwar ein großes Geheimnis gemacht, aber die Ausbildung zu gezielten Liquidierungen ist offensichtlich. Und auch zu den Bombenflügen der auf dem Roncalliplatz versammelten Luftwaffe gegen Belgrad 1998 sollte eine Tucholsky-Ansicht als freie Meinungsäußerung gelten können.

In der Presseberichterstattung unerwähnt bleibt eine weitere Einzelaktion am Abend während des Zapfenstreiches: Aus einem der Luxuszimmer des Domhotels wird plötzlich ein antimilitaristisches Transparent gehängt („50 Jahre Bundeswehr – kein Grund zum Feiern“).

Der Tag bestätigte die Prognosen des „Kölner Bündnis gegen Militärspektakel“. Das Rheinland und besonders der Platz am Kölner Dom sind für die Eroberung des öffentlichen Raumes durch die Bundeswehr der falsche Platz. Schon die völlig legalen Proteste auf der Domplatte verhinderten den im Sinne der Bundeswehr ehrfüchtigen Ablauf der martialischen Zeremonien. Die Kölner Polizei nahm den Ablauf sportlich und hatte das den Militärs auch im Vorfeld schon zu verdeutlichen versucht. Zu einem ungestörten Ablauf muss die Truppe in die Kaserne gehen. Ansonsten hört sie den





„Sound der Demokratie“, der nach Versammlungsgesetz hierzulande (noch) ertönen kann.

Die Bundeswehr nahm das nicht so sportlich, ihr Pressesprecher beklagte sich in den Nachrichten des WDR-Fernsehens über die unwürdigen Aktionen gegen Soldaten, die ihr Leben für unser Land riskieren. Markus Gross, Sprecher des antimilitaristischen Bündnisses, durfte in der Sendung antworten: Wenn die Bundeswehr den öffentlichen Raum sucht, so muss sie auch die Proteste erleiden.

Apropos Presseresonanz: Das intern nicht besonders gut aufgestellte Kölner Bündnis kann zufrieden sein, vielleicht sogar auch der Gegenpart Bundeswehr. Köln war ja nicht die einzige Stadt, die die Truppe im Rahmen der Feiern zu „50 Jahre Bundeswehr“ heimsucht. Bundesweit werden seit Juli bis noch zum Stichtag 12. November, an dem im Jahr 1955 die ersten Rekruten in die Bonner Ermekeilkaserne marschierten, mehr als 50 Jubelfeiern abgehalten. Die Resonanz in überregionalen Medien war dabei gleich Null – bis auf die skandalöse Live-Übertragung des Zapfenstreichs von Magdeburg durch den MDR.

Durch die Klagen von Christen und antimilitaristischem Bündnis, die ganztägigen Protestaktionen von 6 Uhr morgens bis nach 21 Uhr ist das Thema 50 Jahre Bundeswehr ins Gerede gekommen, bis hinein in die „Tagesthemen“. Da decken sich ja die Ansichten von Verteidigungsminister Struck mit denen der Friedensbewegung. Er fordert wie wir immer wieder, dass die Gesellschaft über

die Veränderung des Auftrags der Truppe, über „Verteidigung am Hindukusch“ und wahrscheinliche tote deutsche Soldaten eine innenpolitische Auseinandersetzung führen müsse.

Mit Beiträgen von Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung IMI) auf der Kundgebung am Alter Markt und Ansprachen auf der Domplatte (Warum sind wir eigentlich dagegen) haben wir unseren Teil versucht und beim durchaus gespaltenen Publikum heftige Diskussionen ausgelöst. Auch das der „Sound der Demokratie“.

Fortsetzung ist übrigens bei der Kommandeurstagung der Bundeswehr am 10./11. Oktober in Bonn, wo „50 Jahre Friedensarmee“ von Bundespräsident Köhler, EU-Beauftragtem Solana und Minister Struck gewürdigt werden und bei den zentralen Feierlichkeiten am 26. Oktober in Berlin.





Die aktuellen Infos dazu finden sich unter www.friedenskooperative.de

Der Autor, Mani Stenner, ist Geschäftsführer des Netzwerk Friedenskooperative ■

Fotos: arbeiterfotografie

Kölner CDU empört sich: „Das ist der Geist, der Deutschland nicht regieren darf!“

In einer Pressemitteilung hat die Kölner CDU das Verhalten der PDS-Ratsmitglieder beim Bundeswehr-Gelöbnis am Hohen Dom zu Köln als empörend, aber nicht wirklich überraschend bezeichnet.

„Das kann nicht das Verhalten eines demokratischen Ratsherrn sein, ein Gelöbnis der Bundeswehr stören zu wollen. Wer sich so verhält, zeigt unmissverständlich, wie intolerant und ablehnend er unserer Demokratie gegenüber gesinnt ist.“, macht da Walter Reinarz als Vorsitzender der Kölner CDU deutlich.

Reinarz wolle gar nicht darüber nachdenken, welche Auswirkungen die Beteiligung der kommunistischen PDS/Linkspartei an einer SPD-Bundesregierung habe, wenn schon die kommunalen Vertreter dieser Linkspartei mit unlauteren Auftritten aufwarten.

Die PDS-Vertreter stellten sich damit auf eine Stufe mit den streitbaren Randalierern, die mit ihrer angeblich toleranten Weltanschauung die Ehre der Kathedrale störten und vom Balkon des Domes Protestplakate entrollten.

Schließlich diene die Bundeswehr seit 50 Jahren dem Frieden in Deutschland und in Europa. Als Beispiel dafür fallen Reinarz hier allerdings nur „die Einsätze der Bundeswehr bei den Hochwassern der 90er Jahre gerade in Köln oder Sachsen oder an die Hilfeleistungen bei anderen Katastrophen und Notfällen“ ein.

zitiert nach Pressemitteilung der CDU Köln ■

Freispruch des Landgerichts Koblenz bestätigt

KOBLENZ. Am 8. Juni 2004 hatten Friedensaktivisten am Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel an die dort stationierten Bundeswehrsoldaten einen Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt: „Aufruf an alle Bundeswehrsoldaten des Jagdbombergeschwaders 33 (Büchel)“. Unterschrieben war der Aufruf von über 50 UnterzeichnerInnen, die ein breites Spektrum der bundesdeutschen Friedensbewegung abdecken.

Ziel des Aufrufs war, an die in Büchel stationierten Bundeswehrsoldaten zu appellieren, von ihrer Beteiligung an der völkerrechts- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe abzulassen, um damit ihrer rechtsstaatlichen Verantwortung Rechnung zu tragen. Mit der Bereithaltung von Kampfflugzeugen, um mit diesen im sogenannten Ernstfall die dort lagernden US-amerikanischen Atombomben einzusetzen, verstößt die Bundeswehr gegen das Völkerrecht, unsere Verfassung sowie den Nichtverbreitungsvertrag. Die Anklage, die folgte, lautete auf Öffentliche Aufforderung zu Straftaten nach § 111 StGB in Verbindung mit der Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung, Ungehorsam, Meuterei, Verabredung zur Unbotmäßigkeit, eigenmächtiger Abwesenheit und Fahnenflucht nach dem Wehrstrafgesetz.

Am 23. November 2004 wurden vier der Friedensaktivisten vom Amtsgericht Cochem verurteilt. Die Urteile: Hermann Theisen (45 Tagessätze à 30 Euro), Martin Otto (40 Tagessätze à 10 Euro), Hanna Jaskolski (ein Monat Haft), Dr. Wolfgang Sternstein (zwei Monate Haft). Bei gleichem Delikt – so der Richter – ergäbe sich das unterschiedliche Strafmaß aus dem Vorstrafenregister.

Die Revisionsverhandlung vor dem Landgericht Koblenz führte zu einem Freispruch für die Angeklagten.

Bei der Verhandlung vor dem Oberlandesgericht, das am 28.9.05 über das Revisionsbegehren der Staatsanwaltschaft gegen diesen Freispruch des Landgerichts entscheiden sollte, hat der 1. Strafsenat des Oberlandesgerichts Koblenz die Revision verworfen und die Freisprüche bestätigt. Die vorgetragene Begründung des Gerichts geht in der Argumentation über das Landgerichtsurteil in einigen wichtigen Punkten sogar noch hinaus und dürfte neue Maßstäbe für Aktionen der Antiatombewegung und deren Beurteilung setzen.

Sobald das Urteil des Oberlandesgerichts schriftlich vorliegt, wird es auf der Website von Hanna Jaskolski: www.jaskolski.de/prozess.htm zu lesen sein.

Zusammengestellt nach Informationen von Hanna Jaskolski ■

Linkspartei Bad Gandersheim fordert Verbot des NPD Aufmarsches in Göttingen

Am 29. Oktober soll in Göttingen ein NPD-Aufmarsch stattfinden – über 60 Organisationen wollen dies nicht unwidersprochen hinnehmen. Die Linkspartei Bad Gandersheim kritisiert in einem Offenen Brief an den Oberbürgermeister, dass die Stadt Göttingen den geplanten Aufmarsch der NPD und anderer Neonazis durch Göttingen am 29. Oktober 2005 nicht mit einem Verbot belegt hat, sondern den veranstaltern sogar eine Demonstrationsroute u.a. durch einen Teil des Universitätsviertels der Stadt Göttingen zu gewiesen hat. In ihrer Pressemitteilung dazu heißt es: „Wir, die Linkspartei Bad Gandersheim, sind einer der über 60 Organisationen, die den Aufruf „29.10.2005 – Göttingen zeigt Gesicht – Gegen NPD und andere Nazis“ mit unterzeichnet haben und zu Protesten gegen den Naziaufmarsch aufrufen. Wir finden das Handeln der Stadt Göttingen fatal. In unseren Augen stellt es ein Signal an die NPD und an die sog. „nationalen Kameradschaften“ dar, das sie mehr oder minder hoffähig macht. Mit Schrecken denken wir an das nun zu befürchtende Handeln von rechtsextremistischen Kräften während der Kommunalwahlen im nächsten Jahr. Die Linkspartei hat OB Jürgen Danielowski aufgefordert, noch einmal über ein Verbot nachzudenken. U.a. aus folgenden Gründen:

1. Die Route soll durch das Universitätsviertel der Stadt Göttingen führen, in diesem Bereich befinden sich viele alternative Wohngemeinschaften.
2. Die Route soll am ehemaligen Volksfreundehaus der SPD und der Gewerkschaften vorbeiführen.
3. Ebenfalls soll der Aufmarsch am ehemaligen Wohnsitz des Verfolgten des Naziregimes, des ehemaligen OBs der Stadt Göttingens und des Ehrenbürgers Göttingens Arthur Levi vorbeiführen.
4. Ebenso soll der Marsch in der Nähe des Ortes entlanggeführt werden, an dem die Nationalsozialisten ihre Bücherverbrennung durchgeführt haben.

Der „Kameradschaftsführer“ und Mitglied des NPD Bundesvorstandes, Thorsten Heise, wird sicherlich in Zukunft diese Freiräume nicht ungenutzt lassen.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Danielowski, heißt es in dem Offenen Brief, „erinnern Sie sich an den Beschluss des Stadtrates der Stadt Göttingen, der sich klipp und klar gegen jegliche Aufmärsche von Neonazis gewandt hat. Wir erwarten von Ihnen, wir appellieren an Sie: Handeln Sie, verbieten Sie umgehend den geplanten Aufmarsch der NPD durch Göttingen.“

PM Linkspartei Bad Gandersheim ■

Jugendbibliothek – Gera e.V. sagt Dankeschön!

Die Jugendbibliothek Gera, die auch von uns durch ein kostenloses Abo unterstützt wird, hat ihre Arbeit aufgenommen und schrieb uns dazu:

„Dank der Spendenbereitschaft vieler Genossinnen und Genossen, aus nahezu jeder Ecke von Deutschland bekamen wir Sach-, Zweck- und vorwiegend Bücherspenden. So zahlreich, das wir momentan alle Hände voll zu tun haben, alles zu katalogisieren und einzusortieren. Für diese Solidarität ein ganz herzliches Dankeschön.

Jedoch ist es noch dringend erforderlich, um letztlich sämtliche Betriebskosten auf Dauer abdecken zu können, auch so viel wie möglich Fördermitglieder zu gewinnen. Wenn uns viele Menschen mit einem regelmäßigen kleinen Spendenbetrag von nur wenigen Euro jeden Monat unterstützen, können wir optimistischer in die Zukunft der Jugendbibliothek – Gera e. V. blicken.

Regional in Ostthüringen sind wir eine wirtschaftlich scheintote Zone, ohne nennenswerte Perspektiven, mit enormen Sozialkahlschlag in allen Schichten der Bevölkerung. Ein idealer Nährboden für Fundamentalismus. Die Stadt Gera und das Umland haben leider eine sehr extreme und straff organisierte Neonaziszene. Schulkinder begeistern sich für rassistische Demagogie, sei es durch das Elternhaus, bzw. dessen Freundeskreis. Es ist die alte Leier. Restvorkommen an staatlicher und kommunaler Kinder- und Jugendarbeit haben sich längst verantwortungslos verkommerzialisiert, erziehen den Menschen eher zu Habgier, Gleichgültigkeit und Kanonenfutter. Deswegen haben wir uns als engagierte junge Menschen zusammengeschlossen, um etwas Bewusstsein Schaffendes, was die Bildung fördert, Multiplikatoren motiviert, antifaschistische Kultur aufbaut und bündelt zu errichten, mittels einer Jugendbibliothek.

Unsere Bücherei ist noch sehr jung. Im Juni dieses Jahres war die Eröffnungsfeier. Wie schon in den Monaten vor der Einweihung, als auch jetzt können wir uns über das stetige Wachstum am Interesse seiner Nutzer und Mitglieder aus Stadt, Umland und Region nur freuen. Wir, die jungen Betreiber, das sind: Schüler, Auszubildende, Studenten, Arbeitslose und sozial benachteiligte Menschen. Wir haben etwas gemeinsam aufgebaut, sehr zum Erstaunen mancher eingestaubter älterer Genossen. Die gesamte Arbeitsleistung beim Aufbau und nun zum Betrieb unserer Bücherei, erfolgt einzig und alleine durch freiwilliges Engagement, ohne finanzielle Gegenleistungen. Jeden Mittwoch- und Samstagnachmittag ist geöffnet. Für jeden 3. Samstag im Monat ist ein Vortrag oder eine Lesung mit politischen Themen geplant. Aber auch an anderen Wochentagen füllt sich der Terminkalender immer mehr an. Diskussionsrunden zum aktuellen Geschehen, Seminar- und kulturelle Veranstaltungen, von malen, musizieren bis hin zu Spielenachmittagen und nicht zu vergessen, für die jüngsten Gäste: Programm für die Kinder.

Jeder sozialen Gruppierung bieten wir an bei uns vorbeizuschauen. Unser Hauptziel ist es, diese zu bündeln: „gemeinsam streiten – gemeinsam feiern – gemeinsam arbeiten“. Unter uns haben wir das längst erreicht. Wir sind Jugendliche und jung Gebliebene aus den verschiedensten linken Organisationen. Am Stadtrand von Gera haben wir eine schöne, idyllische Räumlichkeit, wo Wiese und Wald sich anschließen und diese ideal für größere Veranstaltungen Platz bieten.

Bereits mehr als 5.000 linke Bücher und fast sämtliche aktuellen kapitalismuskritischen und antifaschistischen Zeitungen und Zeitschriften, stehen interessierten Lesern in unserer Bücherei kostenfrei zur Auswahl. Vorwiegend haben wir DDR-Literatur: von Kinderbüchern bis zu schöngeistigen Romanen, von Militärgeschichte bis hin zu den typischen Vertretern der politischen Klassik. Besonders liebevoll gestalten wir unsere „Botschaften“ von: Chile, Vietnam, Venezuela, Nordkorea, China, Kuba und Sowjetunion. Ganz speziell hierzu suchen wir immer etwas, je aktueller, um so begeisterter. Idee ist, diese Botschaften mit Andenken und Büchern aus den jeweiligen Regionen entsprechend auszustatten. Auch wenn Sie einen bestimmten Wunsch haben, fragen Sie uns nach Thema, Autor oder Titel, und wir helfen ihnen gerne weiter.“

Marco Schaub ■

Kontakt zur Jugendbibliothek Gera e.V.,
GP - Keplerstraße 34-36
07549 Gera – Thüringen
Telefon: 0365 8352065
E - Mail: buch-gera@web.de
www.jugendbibliothek-gera.7to.de

Einige Veranstaltungen 2005:
19.10., ab 14.00 Uhr: Kolonialgeschichte Deutschlands; 19.11., ab 14.00 Uhr Das Potsdamer Abkommen und die EU ; 26.11., ab 20.00 Uhr Videoabend; 17.12., ab 14.00 Uhr Geschichte des Vietnamkrieges; 31.12., ab 14.00 Uhr Silvesterparty

Öffnungszeiten:
Mittwochs von: 16.00 – 20.00 Uhr
Samstags von: 14.00 – 18.00 Uhr

Aktionstour gegen Flüchtlingslager

MECKLENBURG-VORPOMMERN. Am Sonntag, den 25. September beteiligten sich in Mecklenburg-Vorpommern rund 300 Menschen an Kundgebungen vor den Flüchtlingslagern Horst bei Boizenburg und Schwerin-Görries sowie an der Abschlussdemonstration in Schwerin. Zu der zweitägigen „Aktionstour gegen das europäische Lagersystem“ hatte das No-Lager-Netzwerk, das Komitee für Grundrechte und Demokratie und diverse Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen aufgerufen.

Bereits im Vorfeld und auch am Sonntag wurden Flüchtlinge in beiden Lagern von den Behörden massiv eingeschüchtert und mit Repressionen bedroht.



Informationsblätter wurden eingesammelt, vor dem Kontakt mit BesucherInnen aus dem No-Lager-Netzwerk gewarnt und Strafen angekündigt, falls Flüchtlinge an den Aktionen teilnehmen würden. Bei beiden Flüchtlingslagern wurden für den gesamten Tag Besuchsverbote verhängt. In Horst kam es kurzzeitig zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und KundgebungsteilnehmerInnen, nachdem ein Polizist penetrant in die Kundgebung schritt, um Nahaufnahmen von TeilnahmerInnen zu machen. Dabei gab es drei Festnahmen

Trotzdem kamen aus dem Lager Horst viele Flüchtlinge vor das verschlossene Tor und ca. 15 von ihnen fuhren in Bussen mit nach Schwerin. Sie berichteten von den Bedingungen im bisher als Erstaufnahmeeinrichtung dienenden, jetzt aber in eine Art Abschiebezentrum umgewandelten Lager Horst, in das 2006 auch alle Flüchtlinge, für die Hamburg zuständig ist, verlegt werden sollen. RednerInnen stellten einen Zusammenhang her zwischen dieser Aus-Lagerung von Flüchtlingen aus den europäischen Metropolen in die Wälder und der geplanten und z.T. bereits praktizierten Internierung von Flüchtlingen und MigrantInnen in nordafrikanischen Wüstencamps. Abschreckung, Hinderung an der Einreise und Erleichterung der Abschiebung sind die Ziele derjenigen, die diese Lager planen und betreiben. Während der Redebeiträge kam es durch aggressives Filmen der Polizei zu einer angespannten Stimmung und statt zu deeskalieren, reagierte die Polizei mit drei Festnahmen. Weitere Verhaftungen wurden angedroht. Um eine Eskalation zu verhindern, brachen die VeranstalterInnen die Kundgebung früher als geplant ab. Vier Busse und mehrere PKWs setzten sich in Bewegung, um nach Schwerin weiter zu fahren.

Auch die Flüchtlinge, die in Schwerin-Görries in einem Containerlager leben müssen, wurden zunächst von einem Polizeiaufgebot mit kläffenden Hunden am Verlassen des Lagers gehindert und erneut drohten Festnahmen. Erst nach Protesten der DemonstrantInnen und Verhandlungen mit der Polizei durften Flüchtlinge an der Kundgebung und einem Picknick teilnehmen.





Mit Verspätung fuhr der Konvoi in die Schweriner Innenstadt, wo dann lautstark und bunt die Abschlussdemonstration stattfand. Erst nach Ende der Veranstaltung wurden die beiden vor dem Lager Horst in Gewahrsam genommenen Demonstrationsteilnehmer wieder freigelassen.

Das No-Lager-Netzwerk wird, zusammen mit einem breiter werdenden Spektrum an Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen, weiter Lager als Nicht-Orte, die der Menschenwürde widersprechen, kritisieren und aufsuchen. Damit wollen wir versuchen, die Isolation der in den Lagern internierten Menschen zu durchbrechen und gemeinsam mit ihnen für Bewegungs- und Niederlassungsfreiheit, gegen Abschiebungen, für ein Bleiberecht und menschenwürdiges Wohnen für alle kämpfen.

Nähere Infos zum Aktionstag, zu früheren Aktionen und zum deutschen, europäischen und globalen Lagersystem findet ihr unter www.nolager.de ■



Mehrere tausend Menschen, weniger, als von den Veranstaltern erwartet, demonstrierten am 17.9. in Amsterdam gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus. Aufgerufen hatten zahlreiche Migrantenorganisationen, sie wurden unterstützt von Kirchen, jüdischen Organisationen und linken Parteien. Seit dem 11.9. habe die Konfrontation gegenüber den Migranten im Allgemeinen und den Muslimen im Besonderen erheblich zugenommen, heißt es in dem Aufruf. In keinem europäischen Land gibt es so viele rassistische Angriffe wie in den Niederlanden. Vor allem die Regierungspolitik sei für die grundlegende Klimaverschlechterung und die zunehmende antiislamische Stimmung verantwortlich, kritisiert das Bündnis „Genug ist genug“. So werden die Integrationskosten einseitig auf die Zuwanderer abgewälzt, die Aufenthaltsregelungen z.B. für Frauen verschärft. In Vorbereitung sind Gesetze gegen die Gründung islamischer Schulen oder die Abschiebung von Menschen mit niederländischer Staatsbürgerschaft, die aus den Antillen stammen. Geplant sind auch Freiheitsbeschränkungen ohne konkreten Verdachtsgrund. Einige der verabschiedeten Gesetze bzw. Gesetzesvorhaben verstoßen eindeutig gegen die Europäische Menschenrechtskonvention.

Quelle und Bilder: Indymedia Niederlande, Homepage von Genug ist genug ■



Flüchtlingsproteste in Neuburg

„Wir wollen fair und gerecht behandelt werden“

Flüchtlinge aus Neuburg haben genug von Lageralltag, Entmündigung und Abschiebungen. Am 24.9.205 demonstrierten sie zusammen mit Karawane und Flüchtlingsrat für „Gerechtigkeit und Fairness“. Anlässlich der Aktionstour gegen Lager kam es in weiteren Städten zu Protesten.

Ca. 100 Menschen nahmen an der Demonstration teil. Nach etwas müdem Auftakt vor dem Lager wurde es immer lauter und emotionaler, als die Innenstadt der bayerischen Kleinstadt erreicht wurde. Während die Frequenz der „Lager – Abschaffen“ – Rufe höher wurde, erhielten die NeuburgerInnen die erste Ausgabe der „Neubürger Nachrichten“ – sowohl in dem Lokalzeitungsfake als auch in Reden machten die Asylsuchenden der Unterkunft Donauwörthstraße auf ihre Probleme aufmerksam.

„Weniger als 1% der Asylsuchenden in Bayern werden anerkannt. Der Rest wird aufs strengste bestraft, indem sie Jahrzente lang in einer Sammelunterkunft für Hunderte wie eine Ware zusammengepfercht werden und Verpflegung in einer Kiste bekommen“ erklärt Savio Debia (Name geändert) den Neuburger BürgerInnen.

Er selbst ist Bewohner des Lagers in Neuburg – einer der größten „Unterkünfte für Asylsuchende“ in Bayern. 400 Menschen, deren Staatsangehörigkeiten die Kriegs- und Krisenregionen der letzten 20 Jahre auf der ganzen Welt repräsentieren, sind in vier zweistöckigen Baracken der alten Kaserne untergebracht.

Wie in allen anderen Lagern, sind die Flüchtlinge in Neuburg auf die staatliche Versorgung mit Essenspaketen angewiesen, die nicht nur unzureichend ist, sondern ihnen auch jegliche Selbstbestimmung nimmt. Die 40 Euro Taschengeld im Monat werden ihnen unter verschiedenen Vorwänden häufig gekürzt oder ganz gestrichen.





Gegen unmenschliche Bedingungen in der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber demonstrierten am 24.9.2005 rund 100 Betroffene in Neuburg/Donau.

Durch Arbeitsverbote und den Grundsatz des „nachrangigen Zugangs“ zum Arbeitsmarkt wird es ihnen praktisch unmöglich gemacht, selbst für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Aber auch wer Arbeit findet, hat keine Chance, dem Lagerleben zu entkommen, da es verboten ist, aus den Unterkünften auszuziehen. Mit der Residenzpflicht werden sie daran gehindert, den Landkreis zu verlassen : wer ohne Reisegenehmigung erwischt wird, zahlt hohe Geldstrafen. Zu den menschenunwürdigen Wohnverhältnissen kommt noch die alltägliche Diskriminierung und Kriminalisierung durch die Behörden.

www.karawane.net

Aus einer Erklärung, die 97 Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Neuburg/Donau unterschrieben.

• Wir protestieren gegen die Betrachtung und Behandlung wie einen Gegenstand, den es nur auszubeuten gilt und gegen die ständigen Demütigungen. Wir betonen hiermit, dass wir Schutz bedürftige Menschen sind, und wir verlangen, dass man uns auch so annimmt.

• Wir richten unsere Proteste zunächst an die zuständige UNHCR Stelle in Deutschland und andere Menschenrechtsorganisationen und erbitten entsprechende Hilfe, unsere Rechte verteidigen zu können.

• Rein vorsorglich möchten wir auch darauf hinweisen, dass wir nunmehr unsere Rechte als Flüchtlinge zu verteidigen entschlossen sind, sollten unsere bescheidenen Wünsche unberücksichtigt und unerfüllt bleiben.

97 BewohnerInnen ■

Lechleiter-Gedenkfeier 2005

Mannheim. Zum Entsetzen der etwa 60 Anwesenden war das Lechleiterdenkmal, vor dem man sich versammelte, mit einem großen Hakenkreuz verschmiert. Vor der Veranstaltung – es waren erst ein paar wenige Menschen anwesend – fuhr ein einschlägig bekannter Neonazi vor, verteilte frech Visitenkarten, äußerte sich erfreut über die Denkmalschändung und verschwand wieder. Eine Strafanzeige wurde erstattet, das Denkmal ist inzwischen wieder gereinigt. Der Vorfall zeigt jedoch drastisch, dass die Nazis in Mannheim keineswegs lockerlassen. Die Niederlagen der letzen Jahre auf der Straße versuchen sie offensichtlich mit derlei feigen Aktionen zu kontern. Sicherlich wollten sie auch noch wegen der verspäteten NPD-Kandidatur zur Bundestagswahl auf sich aufmerksam machen. Dass die Neonazis ihr Publikum haben, zeigt das Wahlergebnis: NPD und REP hatten mit zusammen 3.463 Zweitstimmen gegenüber 2002 eine Steigerung um fast 40% – alles andere als ein Zeichen der Entspannung.

tht ■

Aus dem Redebeitrag von Elke Kammigan (VVN-BdA)

Heute vor 63 Jahren wurden 14 Mitglieder der Lechleiter-Gruppe in Stuttgart hingerichtet – ermordet. Die Angehörigen erfuhren es durch Plakate, die überall hier in Mannheim an den Plakatsäulen hingen. Diese Gruppe war die größte Widerstandsgruppe während des Krieges in Süddeutschland. Wie viele ihr wirklich angehörten, bekamen die Nazis nicht heraus.

Was waren das für Menschen? Es waren Frauen und Männer wie wir: Arbeiter und Angestellte, Schriftsetzer, Schlosser, Fräser, Gärtner, Hausfrauen, Dreher, Rentner, Werkmeister, Krankenpfleger, Zimmerleute, Packer, Sie hatten Familien und Kinder, so u.a. Anton Kurz zwei Söhne von 10 und 12 Jahren, Max Winterhalter zwei 15- und 20-jährige Kinder und Rudolf Maus drei Kinder zwischen 2 ½ und 16 Jahren, Jacob Faulhaber und Daniel Seizinger hatte je zwei Töchter. Ruth, Tochter von Emma und Jacob Faulhaber verlor bei MWM nach der Ermordung ihres Vaters ihre Lehrstelle. Sie wurde rausgeschmissen. Sie alle waren Menschen mit Träumen und Wünschen. Es waren mutige Menschen mit viel Zivilcourage.

Außer diesen 14 Ermordeten wurden zuvor Hans Heck und Fritz Grund während der Verhöre von der Gestapo erschlagen. Albert Fritz, Ludwig Neischwander, Richard Jatzek, Bruno Rüffer und Hen-



riette Wagner gehörten ebenfalls zur Lechleiter-Gruppe. Sie wurden im Prozess im Oktober 1942 verurteilt. Mitangeklagt war auch Willi Probst. Er wurde in der Nacht vor dem Prozess umgebracht; ihm wurde der Magen eingetreten. Die anderen wurden am 24. Februar 1943 hingerichtet. Henriette Wagner lebte in der Heinrich-Lanz-Str. und war von einem Nachbarn denunziert worden, der sie zusammen mit Georg Lechleiter auf dem Balkon gesehen hatte. Ihr letzter Wunsch, noch einmal ihren Sohn zu sehen, der im Krieg war, wurde ihr von der Gestapo verweigert.

Außer den 19 zum Tod Verurteilen bekamen acht der Angeklagten lange Zuchthausstrafen, andere landeten im KZ oder kamen in das berüchtigte Strafbataillon 999.

Was hatten sie getan?

Die meisten arbeiteten in Großbetrieben wie MWM, Bopp und Reuther, Lanz, Kabel und Draht, Brown und Boverie, im Strebel-Werk, bei Neidig und auf der Schiffswerft. Viele kannten sich auch von vor 1933. Sie waren Kommunisten, Sozialdemokraten, Parteilose. Viele hatten schon KZ hinter sich. Trotzdem wehrten sie sich weiter. Zu Beginn des Krieges 1939 sammelten sie Geld für Familien politisch Verfolgter.

Mit Beginn des Krieges gegen die UdSSR beschlossen sie die Herausgabe der Zeitung „Der Vorbote“. Dies war schon länger vorbereitet worden. Käthe Seitz, Philipp Brunemer, Jacob Faulhaber, Rudolf Langendorf und Georg Lechleiter u.a trafen sich auf der Neckarwiese in Heidelberg oder bei den Langendorfs im Garen. Andere fungierten als Kuriere, Zeitungsverteiler, hörten Radio Moskau und London.

Diese Informationen wurden über den „Vorboten“ unter dem Motto „Hitler hat den Krieg begonnen – Hitlers Sturz wird ihn beenden“ verbreitet. Der reale Verlauf des Krieges wurde kommentiert, wie das Kapital am Krieg verdiente, während die Bevölkerung Opfer personell und materiell bringen musste. Die Tageszeitungen waren gefüllt mit Todesanzeigen von im Krieg Gefallener.

In der vierten und zugleich der letzten Ausgabe des „Vorboten“ vor der Verhaftung der Gruppe, im Dezember 1941, hieß es beispielsweise: „Die wahren Herrscher vom Dritten Reich, die Herren von Kohle und Eisen mitsamt ihrem willfährigen Schwarm mittlerer und kleinerer Ausbeuter haben unter der Naziherrschaft geradezu unglaubliche Profite aus den Knochen der Arbeiter heraus geschunden…“ Es wurde auf die Kapitalverdoppelung bei den Firmen Lanz, Grün und Bilfinger, bei Steinzeug und anderen und die damit verbundene Verdoppelung der Dividende verweisen. Und das in einer Zeit, in der die Arbeiter von Lohnstopp, steigenden Preisen und ständig knapper werdenden Lebensmittelrationen betroffen waren. Das und anderes, vor allem Argumente gegen den Krieg und die Vision eines sozialistischen Deutschlands haben die Verfasser aufgegriffen.

Diese Inhalte des „Vorboten“, die Verbindung der Arbeiter untereinander, in den verschiedensten Betrieben, zu ausländischen Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen, einfach die Verbreitung der Wahrheit, das war für die Nazis zu viel und zu gefährlich. Sie schlugen zu. Befohlen von höchster Stelle, dem Reichssicherheitshauptamt in Berlin.

Die Familien

Zurück blieben Frauen und Kinder in großer Not, Trauer und Zorn auf diese Verbrecher. Die Frauen wussten größtenteils – wenn auch keine Einzelheiten – von der Tätigkeit ihrer Männer. Sie haben geschwiegen. Ihren Kindern wurde nun die Ausbildung verweigert oder sie wurden fristlos entlassen. Die jüngeren Kinder der Ermordeten mussten in der Schule große Qualen erleiden. Ihre Väter wurden als Verbrecher diffamiert und die selbst verunglimpft. Wie konnten Kinder das verstehen? Zumal die Mütter ihnen auch nicht zu viel sagen konnten. Anette Langendorf wurde zwei Tage nach der Ermordung ihres Mannes für fast fünf Wochen ins Gefängnis gebracht und kam noch 1944 in das Frauen-KZ Ravensbrück. Auch die Frau von Richard Jatzek wurde abgeholt und einige Zeit festgehalten. Hilde Jansen, Tochter von Käthe Seitz, deren Großvater und Eltern hingerichtet waren, wurde zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt, wegen Abhörens feindlicher Sender. Ihre aktive Mitarbeit in der Lechleiter-Gruppe blieb den Nazis unbekannt. Sie hatte die Matrizen besorgt, auf denen ihre Mutter den „Vorboten“ geschrieben hatte. Hilde kam nach Hagnau im Elsass, wurde dort von ihrem späteren Ehemann und Freunden aus dem Zuchthaus befreit. Beide waren bis Kriegsende bei Antifaschisten im Schwarzwald versteckt.

Ludwig Moldrzyk wurde direkt beim Lanz vom Arbeitsplatz weg verhaftet. Danach wurde versucht, Hans Heck aus der Spätschicht beim Lanz zu warnen. Jedoch durfte auf Nazianweisung keiner den Betrieb verlassen. Der Sozialdemokrat Jacob Glaser hatte von der Verhaftung Moldrzyks erfahren. Er ließ sofort von anderen Antifaschisten aus den Spinden der beiden alle Papiere herausnehmen und verbrennen. Frau Ludwig Wacker ließ einen „Vorboten“ in einem Härteofen verschwinden. Dazu gehörte nicht nur großer Mut, sondern auch eine tief empfundene Solidarität. Nach den Verhaftungen und Hinrichtungen gab es keinen organisierten Widerstand mehr. Aber 1943 und 44 wurde gerade beim Lanz wieder Geld für die Familien der Ermordeten gesammelt. Auch das wäre schwer bestraft worden, wenn es heraus gekommen wäre.

Und die Täter?

Was wurde aus den furchtbaren Richtern, aus den Mördern der SS und der Gestapo? Einige wurden für kurze Zeit interniert und waren dann frei. Kurt Burchardt, Hauptdenunziant, Unterscharführer der Waffen-SS: Er hatte das Vertrauen von Daniel Seizinger gesucht und brachte den „Vorboten“ direkt nach Berlin. Er wurde zu acht Jahren Arbeitslager verurteilt, zwei Jahre davon wurden ihm für die Internierung angerechnet. Wie lange und ob er in einem Arbeitslager war, ist nicht bekannt. Sondergerichtsvorsitzender und Senatspräsident Hermann Cuhorst, der in Stuttgart in 16 Verhandlungen Todesurteile fällte, wurde wegen fehlender Beweise freigesprochen, die Unterlagen waren verbrannt. Er verlor lediglich seine Beamtenrechte, die er Anfang 1960 wieder zurück haben wollte. Das wurde ihm verweigert. Fast alle blieben im Amt, allenfalls mit einer kurzen Unterbrechung. Sie bekamen entweder dicke Pensionen oder fanden Verwendung in der bundesdeutschen Justiz. Und wen wundert es da, dass unsere Justiz fast durchgängig – bis auf wenige Ausnahmen – auf dem rechten Auge blind ist, die jüngeren Beamten beeinflusst durch die Älteren?

Zivilcourage gegen neonazistische Gefahr

... Unter furchtbaren Bedingungen haben die ermordeten Antifaschisten und die Überlebenden Zivilcourage und Mut bewiesen. Sie haben sich gegen furchtbare Zustände gewehrt, sind ihrem eigenen Gewissen gefolgt. Auch wenn heute zum Glück ganz andere Verhältnisse herrschen, brauchen wir noch immer Zivilcourage, um ns gegen unsoziale Entwicklungen – ich nenne nur Hartz IV – gegen Kriegseinsätze, Ausländerhass und Antisemitismus zu wehren. Diese Entwicklungen müssen wir stoppen, damit wir alle gemeinsam eine Zukunft haben, vor allem aber unsre Kinder. ■

In einigen Regionen erodiert längst die Demokratie

Neues Buch über den Aufstieg der NPD in der ehemaligen DDR

von Thomas Klaus

Wenn die rechtsextremistische NPD in Landtage einzieht, ist das nicht das eigentliche Problem. Und wenn sie – wie bei der jüngsten Bundestagswahl - nicht die Fünf-Prozent-Hürde überspringen kann, sollte das auf keinen Fall zur Entwarnung führen. Diese Gesichtspunkte unterfüttert Toralf Staud in seinem Buch „Moderne Nazis – Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“. Auf 232 Taschenbuch-Seiten befasst sich der „Zeit“-Redakteur schwerpunktmäßig mit den Erfolgen der NPD in den neuen Bundesländern.

In einigen Regionen Ostdeutschlands sei die NPD „auf einem schleichenden Vormarsch“. Dort erodiere längst die Demokratie, so der Autor.

Gefährlich sei die NPD weniger wegen ihres neuerlichen Landtags-„Engagements“. „Gefährlich ist die NPD, weil sie an einer Faschisierung der ostdeutschen Provinz arbeitet. In einigen Gegenden ist sie schon ziemlich weit gekommen.“ Das gelte vor allem für Teile Sachsens, aber auch für Regionen in Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Dort müssten beispielsweise Punker oder mit Afrikanerinnen verheiratete Deutsche sehr tapfer sein, wenn sie den Alltag ertragen wollten.

Die Nazis arbeiteten an einer gleichgeschalteten Gesellschaft, strebten die Erfüllung des völkischen Ideals an. Dabei könnten sie sich teilweise auf starke Rückendeckung von „normalen“ Bürgern und aus der Mitte der Gesellschaft verlassen.

Toralf Staud: „Die NPD und ihre Weltanschauung mögen in den Parlamenten isoliert sein, in der Bevölkerung sind sie es nicht.“

„Ignorieren hilft nicht“

Aus mehreren Gründen sei die NPD die modernste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik geworden. Ihr Programm habe die Ideen der Neuen Rechten aufgesogen. Schon 1979 machte sich der NPD-Parteitag die Sozialismusthesen der „Jungen Nationaldemokraten“ weitgehend zu eigen. Und dieser Ideologie-Mix aus Sozialismus und Nationalismus traf in der ehemaligen DDR auf sehr günstige mentale und gesellschaftliche Voraussetzungen. („Die NPD hat eine Vision – eine schlimme zwar, aber sie hat wenigstens eine.“) Zweitens „schwimmt“ die NPD inmitten einer vitalen Jugendkultur, die sich aus der kleinen Skinhead-Szene entwickelt hat. Am Äußeren seien Nazis nicht mehr zwangsläufig erkennbar, und auf rechtsextremistischen Demonstrationen werde auch schon mal deutsche Popmusik oder HipHop gespielt. Gerade die rechte Rockmusik wirkte und wirkt aufstachelnd – im wahrsten Sinne des Wortes. Denn: „Nicht selten hetzten die Texte rechte Jugendliche direkt zu Mord und Totschlag auf.“

Zusammengezählt dürften alle Rechtsrock-Alben der vergangenen Jahre in Deutschland eine Gesamtauflage von zwei Millionen erreicht haben. Hinzu kommen Raubkopien und im Internet frei bereit stehende MP3-Dateien. „NPD und Rechtsrock sind eine nahezu symbiotische Beziehung eingegangen“, meint Toralf Staud. Er weist unter anderem darauf hin, dass der Parteiverlag „Deutsche Stimme“ einen Versand betreibt, der auch Musik anbietet. Im Musikbereich erwirtschaftet die „Deutsche Stimme“ mittlerweile 15 bis 25 Prozent des Verlagsumsatzes. Das wären 250.000 Euro pro Jahr. Seit März 2005 fungiert Jens Pühse als Geschäftsführer des Verlages. Pühse hatte seine Karriere einst bei der verbotenen „Nationalistischen Front“ begonnen und war Mitte der



neunziger Jahre einer der wichtigsten rechtsextremistischen Musikverleger.

Und Drittens „baut“ die NPD seit einigen Jahren auf aktuelle Themen wie zum Beispiel Proteste gegen den Irak-Krieg oder gegen Hartz 4.

Architekt des Aufschwungs der NPD ist ihr seit 1996 amtierender Bundesvorsitzender Udo Voigt. „Seit Franz Schönhuber war kein Politiker der extremen Rechten mehr so erfolgreich.“ Autor Staud beschreibt ihn als Taktiker und Machtpragmatiker, der das tut, was im jeweiligen Moment nützlich erscheint. Voigt könne seine Eitelkeit zügeln und sei ein „pragmatischer Fundamentalist“, der wirklich glaube, dass er das deutsche Volk retten müsse. Der NPD-Chef lässt jedoch keinen Zweifel daran, dass er die jetzige Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik nicht verbessern, sondern überwinden wolle. O-Ton: „Wir empfinden das Gegenwärtige als so negativ, dass wir nichts daran finden, was sich lohnen würde, es zu erhalten.“

In dem Schlusskapitel seines Buches plädiert Toralf Staud dafür, die Gegner der NPD sollten sich ernsthaft mit Programm und Propaganda auseinander setzen. „Ignorieren hilft nicht“, und reißerische Illustriertenstorys oder empörte Politikerrituale machten die NPD größer, als sie sei. Staud stellt fest: „Für das Selbstbild und den Zusammenhalt der rechten Szene ist es ungemein wichtig, sich als Märtyrer aufführen zu können.“ Verbote brächten praktisch nichts.

Sein Fazit: „Der wirkliche Kampf gegen die NPD muss in der Gesellschaft und von der Gesellschaft geführt werden, in Städten und Dörfern, auf Schulhöfen und an Buswartehäuschen. Wenn sich dort niemand für Demokratie und Menschenrechte einsetzt, haben die Rechtsextremisten schon gewonnen.“ ■

Toralf Staud, Moderne Nazis, 232 Seiten, Kiepenheuer & Witsch, Köln, 2005, ISBN 3-462-03638-6, 8,90 Euro

„Den Häftlingen das Leben zur Hölle machen“

Neue Biographie über die ersten Kommandanten der Konzentrationslager im Emsland

von Thomas Klaus

Dass im November 1933 Polizei-Hundertschaften in das Emsland ausschwärmten, um in dortigen Konzentrationslagern die Ablösung der von der SS gestellten Wachmannschaften und Lagerkommandanten zu erzwingen – es war ein einmaliger Vorgang in der Geschichte des Naziregimes. Die Polizisten führten dabei Befehle von Hermann Göring und Adolf Hitler aus, die die Zustände in der Frühzeit der so genannten Emslandlager nicht mehr hinnehmen wollten. Trotz der Einmaligkeit der Ereignisse vom Herbst 1933 ist über die ersten Kommandanten der Konzentrationslager in Börgermoor, Esterwegen II, Esterwegen III und Neusustrum bislang kaum etwas bekannt geworden. Nun hat der Oldenburger Historiker Dr. Hans-Peter Klausch ein Buch verfasst, dass diese Wissenslücke schließen soll. „Tätergeschichten“ ist in der Edition Temmen (Bremen) erschienen.

In erster Linie war der SS-Standartenführer Paul Brinkmann (Jahrgang 1891) bei der Nazi-Führung in Misskredit geraten. Er amtierte von August bis November 1933 als – einziger – KZ-Oberlagerkommandant des Deutschen Rei-

ches. Den erwähnten Polizeieinsatz hatte er maßgeblich herauf beschworen. Ihm unterstellte SS-Männer waren auch vor Ausschreitungen gegenüber der emsländischen Zivilbevölkerung nicht zurück geschreckt.

Noch 55 Jahre später zeigte sich der damalige Bürgermeister von Papenburg und NSDAP-Kreisgeschäftsführer Richard Janssen empört über das Benehmen der SS-Leute. „Das waren ausgesprochene Rabauken", schimpfte er. Damals versuchte Janssen, die SS-Männer über den Oberlagerkommandanten stoppen zu lassen. Doch diese Bemühungen blieben erfolglos. Entweder wollte oder konnte Paul Brinkmann sich nicht durchsetzen.

Weltkriegserfahren und arbeitslos

Nach seiner kurzen beruflichen Etappe in Papenburg wurde Brinkmann trotz des besagten Polizeieinsatzes hauptamtlicher Mitarbeiter des Reichsluftschutzbundes, zuletzt als Abteilungsleiter in dessen Präsidium. Im Mai 1941 verunglückte Paul Brinkmann in Polen tödlich – auf dem Wege zu seinem Kriegseinsatz in der Sowjetunion. Zuletzt hatte er in der SS den Rang eines Oberführers. Wenige Monate vor seinem Tode war dem gelernten Maschinenkonstrukteur die „Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze" zuerkannt worden. Der NSDAP war er bereits 1929 beigetreten.

„Ein brutaler Mensch, der rücksichtslos und ohne jeglichen Grund auf uns wehrlose Häftlinge einschlug" – so lautete das Urteil eines ehemaligen Insassen über SS-Sturmhauptführer Wilhelm Fleitmann (Jahrgang 1891), den kurzzeitigen Kommandanten des Konzentrationslagers Börgermoor. Er endete 1944 in russischer Kriegsgefangenschaft.

SS-Sturmhauptführer Heinrich Katzmann (Jahrgang 1899) war für kurze Zeit Kommandant des Konzentrationslagers Esterwegen II und tat sich dabei durch Gefangenenmisshandlungen hervor. Nach der Funktion im KZ arbeitete der gelernte Zimmermann, der ebenfalls 1929 Mitglied der NSDAP geworden war, hauptamtlich bei der Deutschen Arbeitsfront. Später zog er sich aus dem aktiven SS-Dienst in das Private zurück. Aus nationalsozialistischer Sicht stand er stets im Schatten seines Bruders Fritz. Der war als Höherer SS- und Polizeiführer Weichsel treibende Kraft des Massenmordes an den Juden Galiziens. Heinrich Katzmann starb 1974 im Alter von 75 Jahren.

SS-Sturmführer Ludwig Seehaus (Jahrgang 1897), Kommandant des Konzentrationslagers Esterwegen III, war bereits im Juli 1925 in die NSDAP eingetreten. Als KZ-Kommandant wollte er sich durch eine besondere Grausamkeit profilieren. So hatte er nach Zeugenaussagen ständig eine Hundepeitsche dabei, mit der er wahllos und ohne Rücksicht Häftlinge misshandelte. Von Seehaus stammte auch die Idee des Häftlings-Sonderkommandos. Das kann man als Vorläufer der Strafkompanien ansehen, die später in fast allen Konzentrationslagern eingerichtet wurden.

Im Juli 1934 wurde ihm das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP verliehen. Neun Jahre darauf wurde Ludwig Seehaus vermutlich von Partisanen getötet.

SS-Obersturmbannführer Emil Faust (Jahrgang 1899) war knapp anderthalb Monate Kommandant des Konzentrationslagers Neusustrum. Vorher wütete er für wenige Wochen als Adjutant des Konzentrationslagers Esterwegen II. In einem 1934 im tschechischen Karlsbad publizierten Bericht aus dem Exil hieß es: „Im Lager galt er als geistiger Urheber all der verbrecherischen Gemeinheiten, die in Esterwegen ausgeheckt und durchgeführt wurden." Wegen Mordes und anderer Verbrechen wurde Faust im November 1950 zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Das Urteil wurde vom Gericht unter anderem damit begründet, dass Faust sich „bemüßigt" habe, „mehr als verlangt wurde zu tun; ja, den Häftlingen das Leben zur Hölle zu machen". Im Dezember 1965 wurde Emil Faust vorzeitig aus der Haft entlassen. Wenige Monate später starb er.

In einer Analyse der Kommandanten-Biographien stellt Hans-Peter Klausch fest, dass die Ingenieure Brinkmann und Fleitmann aus der Mitte der Gesellschaft gekommen seien. Demgegenüber waren der Zimmerer Katzmann und der Schlosser Seehaus Angehörige der Arbeiterschicht. Kommandant Faust hingegen „war schon früh in lumpenproletarische Kreise abgerutscht", hatte auch unter der Naziherrschaft immer wieder Ärger wegen seiner Disziplinlosigkeit und Temperamentausbrüche. Sämtliche Kommandanten hatten während des Ersten Weltkrieges als Soldaten oder Offiziere gekämpft, waren teils schwer verwundet worden und hatten dafür Orden und Ehrenzeichen erhalten. Und alle Kommandanten hatten das Erlebnis der Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik gemeinsam. Was sie ferner mehr oder weniger einte, war der Hang zur Grausamkeit. „Während der Amtszeit der hier vorgestellten KZ-Kommandanten starben elf Gefangene eines gewaltsamen Todes", so Autor Klausch.

Das Buch „Tätergeschichten" ist als 13. Band der Schriftenreihe des Papenburger Dokumentations- und Informationszentrums Emslandlager (DIZ) erschienen. ■

Hans-Peter Klausch, Tätergeschichten - Die SS-Kommandanten der frühen Konzentrationslager im Emsland, 320 Seiten, 19,90 Euro, ISBN 3-86108-059-1, Edition Temmen (Bremen)

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke; Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.



Das Blatt wartet auf eine neue Partei

Junge Freiheit Nr. 39/05 vom 23. September 2005

Chefredakteur *Dieter Stein* ist höchst unzufrieden mit dem Wahlausgang – vor allem beunruhigt ihn das Abschneiden der Linkspartei: „Das Wahlergebnis zeigt weiterhin, dass es eine strategische linke Mehrheit gegen Union und FDP gibt. Sobald die PDS/Linke ... auch auf Bundesebene als koalitionsfähig akzeptiert wird, gibt es ein neues Linksbündnis. Die SPD hat damit auch in einer möglichen Großen Koalition ein potenzielles Folterinstrument gegen die Union zur Hand, weil sie mit einem Wechsel des Bündnisses drohen kann. Die Union kann das nicht ... Bislang hat die Union nicht etwa nur eindeutig rechtsextreme, sondern auch bürgerlich-konservative Kleinparteien, die sich neben ihr zu etablieren versuchten, fanatisch bekämpft und mit allen Mitteln als Konkurrenten wieder ausgeschaltet ... Dieses Vakuum ist vorübergehend schon durch Protestparteien wie in Baden-Württemberg 1994-2001 oder 2001 in Hamburg durch die Schill-Partei gefüllt worden ... Bildet die Union gar eine ‚Jamaika'-Koalition mit FDP und Grünen, dann schlägt endgültig die Stunde parteipolitischer Alternativen für Konservative. Ob sie indes erfolgreich genutzt wird, steht auf einem anderen Blatt."

Dass die NPD gegenüber 2002 ihr Stimmergebnis vervierfacht hat, aber mit 1,6% weit vom Einzug in den Bundestag entfernt ist – die Republikaner erhielten 0,6%, die Familienpartei, die mit der ÖDP fusionieren will, erhielt 0,4% – macht für das Blatt deutlich, dass auf dem rechten Parteienflügel keine der bestehenden Parteien Aussicht auf bundesweite dauerhafte Erfolge hat – und siehe oben – eine neue Partei das schaffen soll, was die bisherigen nicht geschafft haben – sich den Unionsparteien als rechter Bündnispartner zu präsentieren.

Olaf Henkel will anderes Wahlrecht

Junge Freiheit Nr. 40/05 vom 30. September 2005

Der frühere BDI-Präsident *Olaf Henkel* reiht sich die Liste derjenigen ein, die dem Blatt mit einem Interview zu Reputation verhelfen. Henkel wehrt zwar alle Versuche des Blattes ab, ihn zu Äußerungen gegen die türkische Migrationsbevölkerung in der BRD oder gegen den Türkeibeitritt zu bewegen – im Gegenteil, er tritt für den Beitritt der Türkei zur EU ein und erklärt: „Sie mögen spotten, aber was wäre, wenn alle Türken plötzlich nach Hause zurückkehren? Deutschland würde stillstehen!" In seinen Erläuterungen zur Regierungsbildung und der künftigen Entwicklung vertritt er jedoch äußerst konservative Positionen. Das Blatt stellt fest: „Sie schlagen eine Große Koalition vor." Und Henkel führt aus: „Nicht grundsätzlich, aber in der jetzigen Situation. Unter der Führung von Angela Merkel und Franz Müntefering ... Diese große Koalition muss dann umfangreiche Reformen durchführen, von der Steuer- über die Föderalismus- bis hin zur Wahlrechtsreform. Der Konvent für Deutschland (eine Gründung Henkels, uld) hat eine Liste der wichtigsten Reformen erarbeitet ... Wenn die Reformen erfolgt sind, die Große Koalition ihre Aufgabe erfüllt hat, könnten in zwei Jahren Neuwahlen stattfinden, um dann mit dem neuen System neu zu starten."

Henkel wirbt für das Mehrheitswahlrecht, wie es in Großbritannien seit langem existiert und vor einiger Zeit auch in Frankreich eingeführt wurde, auch mit dem Hinweis: „Ein Linksbündnis könnte es bei Mehrheitswahlrecht nicht geben."

Man sollte gut beobachten, was der „Konvent für Deutschland" in den nächsten Monaten treibt und genau hinsehen, welche Vorhaben die nächste Bundesregierung angeht. Eine schnelle Wahlrechtsänderung ist eher unwahrscheinlich. *uld* ■

Durchhalteparolen und Querelen

REP-Vorsitzender Schlierer erklärte am 19.9. zum Wahlergebnis seiner Partei: „Wir haben trotz immens erschwerter Bedingungen unser Ergebnis gehalten, obwohl wir in weniger Bundesländern antreten konnten als vor drei Jahren. ... Jetzt fassen wir die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt und die hessischen Kommunalwahlen im kommenden März fest und mit ganzer Kraft ins Auge."

So oder so ähnlich wurden die ganzen letzten Wahlniederlagen kommentiert. An der Basis aber rumort es. So findet sich auf der website des NPD-Kreisverbandes Heilbronn der Bericht über ein Treffen von Mitgliedern der REP am 19.9. in Dortmund, „aus allen Teilen Nordrhein-Westfalens, darunter zahlreiche Kreisvorsitzende, kommunale Mandatsträger sowie Landes- und Bundesvorstandsmitglieder. Nach einer Lageanalyse hätten die Anwesenden die folgenden drei Personen zu ihren Sprechern bestimmt: den stellvertretenden Landesvorsitzenden und Beisitzer im Bundesvorstand Daniel M. Schöppe, den Kreisvorsitzenden und Stadtrat von Gelsenkirchen, Kevin Gareth Hauer, sowie den stellvertretenden Kreisvorsitzenden von Viersen, Walter Rütten.

Es sei eine Erklärung verabschiedet worden, in der das Wahlergebnis als „verheerende Niederlage" gekennzeichnet wird. Gescheitert sei damit „aber nicht der republikanische Gedanke an sich. ... Gescheitert ist lediglich eine kleine Gruppe um die derzeitige Landesvorsitzende, Frau Winkelsett. Ein Neuanfang kann nicht mit jenen Personen gelingen, welche den Zusammenbruch herbeigeführt haben", heißt es da. „Daher fordern wir Ursula Winkelsett auf, ... als Landesvorsitzende zurückzutreten. Der Landesparteitag mit der längst überfälligen Neuwahl des Landesvorstandes darf nicht länger verschoben werden, sondern muß schnellstmöglich einberufen werden. Eine neue Mannschaft steht bereit, um den Wiederaufbau in die Hand zu nehmen."

Womit vermutlich die Sprechergruppe gemeint ist. Sollte der Durchmarsch gelingen, ist zu vermuten, dass eine Annäherung an den Deutschlandpakt angestrebt wird. *u.b.* ■